

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Freitag, 18. Feber 1927.

Nr. 41.

Bezugs-Bedingungen.

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post

monatlich Kr 16.-  
vierteljährlich . . . 48.-  
halbjährig . . . . 96.-  
ganzzährig . . . . 192.-

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh

## Was machen die Kommunisten?

Es wird die Zeit kommen, da alle Arbeiter den furchtbaren Schaden erkennen werden, den die kommunistische Partei an jedem Tage ihres Bestandes der Arbeiterbewegung zugefügt hat. In Oesterreich beispielsweise, wo die Arbeiterschaft fast reiflos geeinigt hinter der Sozialdemokratie steht und die kommunistische Partei nach Umfang und Versuch nur einen kleinen Misthaufen bildet, bricht sich die christlichsozial-jüdisch-hakenkreuzlerische Reaktion am Veruche, die Arbeiterschaft niederzuringen, vergeblich die Zähne aus. In der Tschechoslowakei ist die kommunistische Partei die relativ größte innerhalb der kommunistischen Internationale, aber nur noch im rein faschistischen Italien wagt die Reaktion so offene und freche Anschläge gegen die Grundrechte des arbeitenden Volkes, wie hier. Tagtäglich füttern die Kommunisten ihre Anhänger mit bombastischen Phrasen und rufen sie zum entscheidenden Sturm auf die letzten, auch schon wankenden Positionen des Kapitalismus auf, dabei sind sie nicht imstande, das rasende Vornwärtsdrängen der kapitalistischen Mächte auch nur einen Augenblick zum Stillstand zu bringen. Es klingt wie ein Paradoxon und ist doch nur nächste Wahrheit: je größer der tönerne Koloss Moskwa wurde, desto sicherer fühlte sich die Bourgeoisie im Besitze der Macht und desto näher sah die Reaktion die Zeit ihrer Ernte gekommen.

Gegenwärtig sind die Gefahren für die Zukunft der Arbeiterbewegung aufs höchste gestiegen. Die international vereinigte Kapitalistenklasse im Staate rückt zu einem entscheidenden Schlag auf die bürgerliche Freiheit, auf das Hausrecht, auf die politische Rechte. Sie will die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiter vernichten, neue Steuerlasten auf die Schultern der arbeitenden Menschen wälzen und der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, da die Reaktion ihre Raubtierkrallen nach der Schule des Volkes und nach den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter ausstrecken wird. Was aber machen die Kommunisten? Wie arbeiten sie an der Schaffung der Voraussetzungen einer wirksamen Abwehr der Arbeiterklasse? Die Bourgeoisie hat ihre Streitigkeiten zurückgestellt und hat ihre Kräfte vereinigt, doch die Kommunisten? Man überwinde den Widerwillen und nehme eines der kommunistischen Blätter zur Hand. O gewiß, an hohem Getöse, großsprecherischem Getöse und phrasengefüllten Kampfschreien ist darin ebenso kein Mangel, wie an Anklagen gegen das heutige Regime und an Lobpreisungen der kommunistischen Partei, die allein die richtigen Methoden und Waffen besitzt, um die gesamte Reaktion mit Puz und Stängel in die Pfanne zu hauen. Die Reaktion kehrt sich indessen nicht an das kommunistische Geschreie und Gerede und nimmt an Lebensumfang, wie an Beweglichkeit stetig zu. Die Kommunisten reden auch täglich von der proletarischen Einheitsfront, aber nicht einmal dazu schwingen sie sich auf, wenigstens angesichts des zum Generalangriff übergehenden Feindes ihr Eintandbündeln gegen die anderen proletarischen Parteien einzustellen. Daß die Sozialdemokraten alleamt geistverirrte Verräter und Kapitalistenfreunde sind, das weiß man nach den vieljährigen kommunistischen „Enthüllungen“ nun schon zur Genüge, ebenso wie man weiß, was diese fortgesetzte Schimpf- und Verleumdungskampagne den Kommunisten genützt hat. Sie haben damit die Sozialdemokratie ebensowenig zu vernichten, wie die sozialdemokratische Arbeiterschaft für das kommunistische Phrasengebröhl zu gewinnen vermocht; der einzige Erfolg war die steigende Verbitterung zwischen den proletarischen Heeresgruppen, war die Vähmung der Kraft der Arbeiterklasse und die Stärkung der kapitalistischen Konterrevolution.

Doch die auf die eine abgebrauchte Schablone eingeschworenen Kommunisten sind unbeschreibbar. Die Moskauer Gewaltherren, die von den wirklichen Verhältnissen und den proletarischen Kampfbedingungen im tschechoslowaki-

Staate ebensowenig Ahnung haben, wie das Riefend von Psychoanalyse, haben ihnen die Bekämpfung der Sozialdemokratie als Hauptaufgabe ankommandiert und diese revolutionäre Aufgabe wird nun dadurch erfüllt, daß jeder Leser der kommunistischen Presse täglich auf seinem Morgenstische einige entlarvte und auf dem Kopf gebrochene sozialdemokratische Verräter vorfindet. Die Bourgeoisie lacht sich dabei ins Hästchen, denn niemand besorgt so ausgezeichnet ihre Geschäfte, wie die Agenten der Moskauer Oberrevolutionäre. Die Kommunisten spekulieren dabei auf eines: daß wir in dem Verzweiflungskampfe, den wir leider allein für die Arbeiterschaft gegen ihre gewalttätigen Feinde führen müssen, nicht Zeit und Raum aufbringen, um auch noch die täglichen kommunistischen Giftspritzer abzuwehren. Die Spekulation ist nicht so übel, denn der Umfang unserer Zeitungen müßte verdoppelt werden, wollten sie alle „Entlarvungen“ in ihren nichtswürdigen und erbärmlichen Motiven und in ihrer Haltlosigkeit aufzeigen. Da wir der Pflicht folgen, unsere Kräfte auf die Abwehr der Angriffe der Reaktion zu konzentrieren, so bleibt nichts übrig, als die tägliche kommunistische Nigenpest zu ignorieren. Nur von Zeit zu Zeit, wenn sie es, wie jetzt in einem bestimmten Falle, zu arg treiben, kann den Entlarvern für einen Augenblick Beachtung geschenkt werden.

Der neueste Schläger wird nun seit einer Reihe von Tagen ausgeschlachtet und jedesmal gefragt, was sagen die Sozialdemokraten dazu, warum schweigen sie? Ein- und zweispaltige Titel schreien: „Judas D'Aragona“, „Aus dem Lager des professionellen Verrats“, „Eine Judaslist“. Sogar das Andenken des ermordeten Matteotti, den die Kommunisten zu seinen Lebzeiten beipudt und infam verleumdet haben, wird herausbeleidigt und gefragt: „Wofür starb Matteotti?“ Das ist eigentlich geistlos. Die Kommunisten behaupten, Genosse D'Aragona, der Führer der italienischen Gewerkschaften, habe in Gemeinschaft mit anderen Gewerkschaftsführern eine Erklärung unterschrieben, deren kurz zusammengefaßter Sinn die Unterstellung der italienischen Gewerkschaften unter den Faschismus ist. Genosse D'Aragona hat vom Auslande aus, wo er im Exil weilte, wie uns berichtet wurde, mitgeteilt, daß er eine solche Erklärung nicht unterschrieben habe, aber die Moral der Kommunisten hat von D'Aragonas Mitteilung keine Kenntnis genommen und fährt fort, ihn zu verleumden. Allerdings haben einige andere Gewerkschaftsführer die faschistische Unterwerfungserklärung unterschrieben und kein Sozialdemokrat wird diese Tat anders als eine Verräterei nennen. Aber noch der kommunistischen Verallgemeinerungslust ist das ein neuer Beweis, daß jeder Sozialdemokrat ein professioneller Verräter ist. Als ob Anhänger und Führer der kommunistischen Partei noch niemals an ihr Verrat befangen hätten! Wie ist es denn? War nicht Enver Pascha, der Arbeiterischlächter, einstmals ein gefeiertes Götzenbild der Kommunisten? Galt nicht der nachmalige Reaktionsradikale lange Zeit als erklärter Liebling Moskwa's? Und was ist es mit den hunderten und tausenden kommunistischen Befennern, die in allen Ländern sozusagen mit geraden Beinen aus dem kommunistischen ins Lager der Faschisten, der Hakenkreuzler, der erschauenden Ungarn usw. sprangen? Haben die Kapertischen ganz an ihren Dolezal vergessen, der sich über Nacht aus einem kommunistischen in einen faschistischen Führer verwandelte? Was die sechs italienischen Gewerkschaftsführer getan haben, kann man nicht billigen, aber an die Lumpereien mancher früherer Kommunisten reicht es noch lange nicht heran. Die italienischen Gewerkschaftsführer haben die ihnen anvertraute Fahne ins feindliche Lager getragen, sie sind schließlich dem furchterlichen Druck des Faschismus gewichen, sind unter den grausamen Verfolgungen und Bedrohungen müde geworden, und sie geben sich der, wenn auch irrigen Hoffnung hin, innerhalb des faschistischen Syndikalismus dem proletarischen einen gewissen Wirkungskreis zu verschaffen. Das ist ein schwerer Irrtum, aber moralisch ist die Ab-

irung in der Atmosphäre des faschistischen Regimes noch immer höher zu werten, als die Tat eines Dolezal und das Ueberlaufen so vieler Kommunisten zu den Henkersknechten der Bourgeoisie.

Die grobe Ausschächtung dieses Falles hat natürlich nur den Zweck, die kopfscheu gewordenen kommunistischen Arbeiter von der Tatsache des ideologischen Zusammenbruchs und der

vollständigen Unfähigkeit und Unzuverlässigkeit ihrer Partei abzulenken. Wenn aber auch hundertmal wahr wäre, was die Kommunisten über die Sozialdemokratie zusammenlügen, schließlich werden sich die kommunistischen Arbeiter sagen: Nun gut, was aber hat unsere eigene Partei für uns getan? Die Antwort wird für die Partei des Moskauer Ganbungs eine vernichtende sein!

## Arbeiter, hört, wie Euch die Regierungs-Deutschen beschimpfen!

Abgeordnete der Landbändler und der Gewerbe-Deutschen nennen Euch „Arbeitscheue und Lumpen“, die Arbeitslosenunterstützung bezeichnen sie als „Unterstützung der Faulheit!“

Rechnet ab mit dieser Gesellschaft, die durch Korruptionsgeschäfte mit Kohleneinfuhrscheinen ihre Parteidädel füllt, Euch aber, wenn Ihr arbeitslos oder arbeitsunfähig geworden seid, verhungern und verkommen lassen will!

Am 2. Feber fand in Nikolsburg eine von Landbändlern und Gewerbe-Deutschen einberufene Versammlung unter der Parole statt:

„Nieder mit dem Sozialversicherungsgesetz!“

Der vollständige Bericht über diese Versammlung in der Nikolsburger Bürgerpresse liegt erst heute vor. Wir zitieren aus diesem Bericht, dessen Zuverlässigkeit also von landbändlerisch-gewerbe-Deutscher Seite nicht bestritten werden kann, einiges, das den letzten Arbeiter die Augen öffnen wird.

Der landbändlerische Abgeordnete Wagner erklärte in dieser Versammlung:

„Alle Gesetze, welche bisher geschaffen wurden, sind eigentlich nur im Sinne jener Leute erdichtet, die keine Steuern und Abgaben bezahlen.“

Das Sozialversicherungsgesetz ist ein Gesetz zum Schutze der Arbeitslosen und Lumpen.“

Arbeiter, wie werdet Ihr auf diese niederträchtige Beschimpfung antworten? Und was sagt Ihr zu der plumpton Demagogie dieses famosen Volksverrätters, der über die Krankenkassen folgendes auslachte:

„Was bekommt der in den Krankenkassen Versicherung gegen seine Krankheit versprochen?“

Bitterwasser, Süßholz oder A p'rin!“

Wo ist der Arbeiter oder Angestellte, der in dieser unqualifizierbaren Verächtlichung und Erniedrigung der von den Arbeitern geschaffenen Krankenkassen nicht die Absicht entdeckte, die Sozialversicherung und alle erworbenen Rechte der Arbeiter mit Stumpf und Stiel auszurotten!

Nach Wagner kam der Abgeordnete Tich von der deutschen Gewerbe-Deutschen zu Wort, den wir erst vor kurzem als einen mit falschen Ziffern operierenden Scharfmacher charakterisierten, und der in Nikolsburger Versammlung unter anderem sagte:

„In der Regierung sitzen deutsche Minister, die ängstlich darüber wachen, daß dem deutschen Volke nicht das geschieht, was ihm Jahre hindurch geschehen ist.“

Seht Euch die doch an, diese Spina und Mohr-Darling, die mit ihrem und ihrer Parteien Namen den unerhörten Raub an der Demokratie und an der Selbstverwaltung der Nation decken, und die in Wahrheit nur ängstlich darüber wachen, daß Christlich-soziale, Agrarier und Gewerbe-Deutsche zu kurz kommen, wenn die Rahmen Sochlas und Stamets

die Leute teilen, die sie beispielsweise mit dem Handel polnischer Kohleneinfuhrscheine am Staat und an der Bevölkerung machen!

Hört, was Tich weiter sagt:

„Das Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung ist nichts anderes als eine Unterstützung der Faulheit!“

„Wir werden auch eine Novellierung dieses Gesetzes durchführen.“

Die Zehntausende, die der Kapitalismus auf die Straße jagt, die oft nicht wissen, wie sie ihre Weiber, ihre Kinder und sich vor dem Verhungern schützen sollen — sind eine faule Packung! Und damit man ihre Faulheit kuriere, wollen die Tich und Konforten ihnen auch noch den Betrag der Unterstützung wegnehmen!

Eure Tich hat aber auch damit noch nicht genug:

„Man wird auch darüber sprechen müssen, ob nicht das Gemeindevahlrecht novelliert werden muß. Es wäre die höchste Zeit.“

Abkaffung des allgemeinen Wahlrechts in die Gemeinden — das ist das nächste Ziel der deutschen Regierungsparteien, die damit in dankschwärmer Weise zeigen, daß ihnen die „Verwaltungsreform“ ganz aus dem Herzen kommt, ja, daß ihnen die Polizeidiktatur, wie sie das tschechische Bürgerium wünscht, noch zu schwach ist!

Herr Tich treibt keine Spekulation auf die Dummheit der Anhänger der Regierungsparteien soweit, daß er über die Wirkungen der Sozialversicherung folgendes von sich zu geben wagt:

Welche Auswirkung dieses Gesetz auf unsere Industrie hat, beweist die ungeheure Arbeitslosigkeit in den nordböhmischen Industriegebieten.“

Ist es Ignoranz oder niedrige Spekulation auf die Beschränktheit der Zuhörer, wenn ein Parlamentarier die der Wirtschaftskrise und der elenden Wirtschaftsführung entsprechende Arbeitslosigkeit auf das Sozialversicherungsgesetz zurückführt!

Es erübrigt sich wohl, diesem Hof, dieser Heise, diesen Entstellungen und Verdrehungen, diesen Beschimpfungen der Arbeiter und dieser Verhöhnung der Arbeitslosen weiter mit Argumenten zu begegnen.

Die deutschen Bürgerparteien haben angehört, aus ihrer grenzenlosen Arbeiterfeindschaft, aus ihrer erbärmlichen Gewissenlosigkeit, aus ihrer stinkenden Unmoral ein Geheimnis zu machen. Sie haben die Sammelpföden mit denen sie acht Jahre lang als „Oppositionelle“ die betrogenen Massen umhüllten, abgestreift und geben nun, ihrer wahren Natur folgend, mit Tigerkrallen auf das Proletariat los.

Arbeiter, Ihr habt das alles vernommen, das Wort ist nun an Euch! Rechnet ab mit diesen Ruffern und Verdienern, mit diesen Korruptionisten, mit der Brut, die sich an der Volkstraft mästet und der Arbeiterschaft wieder als Skabenhälter entgegenzetreten müßte!

Kampf diesem Geißler!

# Die „Methoden“ eines gewesenen Marxisten.

Von Gustav Schweiger.

Herr Abgeordneter Professor Wollschad hat es für gut befunden, sich in dem Kampf gegen unsere Fürsorge- und Erziehungstätigkeit persönlich zu engagieren. Unter dem Titel „Marxistische Methode“ veröffentlicht er im „Nordmährischen Grenzboten“ einen Artikel, der einerseits von unrichtigen Voraussetzungen ausgeht, andererseits eine ganze Reihe unwahrer Behauptungen aufstellt, so daß im Interesse der Sache eine ausführliche Entgegnung geboten erscheint. Auf die Angriffe gegen die Leitung der Deutschen Landeskommission für Kinder- und Jugendfürsorge in Mähren zu antworten, ist Sache autoritativer Stellen. Ich will mich daher im folgenden auf jene Teile des Wollschadschen Aufsatzes beschränken, die sich mit der Reichsfürsorgekonferenz in Bodenbach und mit unserer „Kinderfreunde“-Bewegung beschäftigen. Die böhmischen persönlichen Bemerkungen des Herrn Abgeordneten sind einer Erwiderung nicht wert.

Herr Professor Wollschad beendet seinen Artikel mit den Worten:

„Es ist Pflicht der deutschen Delegierten, Mittel und Wege zu finden, um die Fürsorge für deutsche Kinder in deutschen Geiste zu leiten. Letzten Endes ist die Trennung in Erwägung zu ziehen, um die Kinder- und Jugendfürsorge auf deutscher Grundlage, unter Ausschluß aller volksfremden und volksfeindlichen Elemente, aufzubauen.“ An einer anderen Stelle seiner Ausführungen sagt er: „Ein ausgesprochener Parteimann darf nicht an der Spitze der deutschen Kinderfürsorge stehen, am allerwenigsten ein internationaler Sozialdemokrat, der noch dazu, seiner Abstammung nach, kein Deutscher ist!“

Damit ist endlich einmal offen gesagt, was die Herren erstreben: Menschen, die soviel wie in der deutschen Kinderfürsorge unermüdet und selbstlos gearbeitet haben, drümt beiseite stoßen, den größten Teil des deutschen Proletariats als „volksfeindlich“ von der Mitarbeit ausschließen, „letzten Endes“ die einzige offizielle Fürsorgestelle für die deutsche Jugend zerschlagen — das sind die Ziele, die den Herrn Professor begeistern. Dieses Programm vertritt ein deutscher Abgeordneter, der noch dazu von einer „Arbeiterpartei“ gewählt wurde! Die ganze Sache ist so ungeheuerlich, daß sie wohl überhaupt nur psychologisch erklärt werden kann. Herr Professor Wollschad hat seine politische Laufbahn nicht in der nationalsozialistischen Partei begonnen. Er war lange Zeit selber „internationaler Sozialdemokrat“, hat viele Jahre als „Arenasse“ im Kreise jener „volksfremden und volksfeindlichen Elemente“ verkehrt, die er heute bekämpft. Erst nach dem Umsturz hat er — aus Gründen, die ich in diesem Zusammenhang nicht zu untersuchen habe — kein politisches Glaubensbekenntnis geändert. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die extrem-nationalistischen Forderungen, besonders aber der demonstrativ zur Schau getragene Massenhaß helfen sollen, die neuen Freunde von der kompromittierenden Vergangenheit abzulenken.

Im übrigen bestimmt natürlich die Zielsetzung auch die „Methoden“, die der Herr Pro-

# Offensive der Kantontuppen.

Hangschau vor dem Fall.

London, 17. Febr. (M.) Nach Berichten aus der Provinz Tschekiang finden dort schwere Kämpfe statt. Die starke Kantonnarmee greift die Front des Generals Suntschungfang in eine Entfernung von 40 Meilen gegen Süden von der Stadt Hangschau an. Die Nationalisten, welche den Meldungen zufolge zahlreiche Verstärkungen aus der Provinz Kiangsi erhalten, haben eine scharfe Offensive gegen dieses wichtige Zentrum unternommen, welches auch das unmittelbare strategische Ziel ihrer Angriffe ist.

Die Stadt Hangschau liegt etwa hundert Meilen südwestlich von Schanghai.

London, 17. Febr. Die letzten Meldungen bestätigen, daß General Suntschungfang bei Selian

von den Kantontuppen geschlagen und nach Hangschau gedrängt wurde, dessen Einnahme unmittelbar bevorzustehen scheint.

Schanghai, 17. Febr. (M.) Nachrichten aus Hangschau zufolge soll einer der bedeutendsten Generale Suntschungfangs, der bisher mit einer Armee in der Provinz Tschekiang stand, nach der Provinz Anhwal marschiert sein, um dort abzuwarten, welche Partei bei den bevorstehenden Kämpfen die Oberhand behalten wird. Auch die dritte Armee Suntschungfangs soll zu den Südtuppen übergegangen sein. Die auf dem Rückzug befindlichen Truppen Suntschungfangs sollen zahlreiche Plünderungen verüben und eine Reihe von Chinesen erschossen haben.

essor in der Diskussion anwendet. Wie Herr Direktor Tschamler, eröffnet auch Wollschad die Auseinandersetzung mit einer Polemik gegen unsere Reichsfürsorgekonferenz in Bodenbach. Ich muß daher nochmals in Kürze feststellen, was bei dieser Konferenz beschlossen wurde. Die viel umstrittene Bodenbacher Resolution enthält im wesentlichen drei Forderungen: 1. Zeitliche Förderung unserer Erziehungsorganisationen („Kinderfreunde“) und „Sozialistischer Jugendverbände“; 2. Mitarbeit in der neutralen Kinder- und Jugendfürsorge (Landeskommissionen, Bezirksjugendfürsorge); 3. Schaffung sozialdemokratischer Fürsorgevereine (Unterstützung notleidender Erwachsener). Sowohl die Resolution Kögler als auch die Rede des Gen. Dr. Czech bringen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß unsere Erziehungsarbeit sowie die zu gründenden sozialdemokratischen Fürsorgevereine selbstverständlich sozialistisch orientiert sein werden, daß aber die öffentliche Kinder- und Jugendfürsorge unbedingt von allen politischen Einflüssen freigehalten werden muß. Die Bodenbacher Resolution sagt ausdrücklich:

„Die Aufgabe unserer Organisationen, und vor allem der von uns in die Landeskommissionen und Bezirksstellen für Kinder- und Jugendfürsorge entsandten Vertrauensmänner wird es sein, darüber zu wachen, daß diese Einrichtungen nicht nur von sozialem Geiste erfüllt, sondern auch ihrem halbamtlichen Charakter gemäß im neutralen Geiste geführt und vor allem jedweder politischen oder parteimäßigen Einfluß entrückt werden.“

Das alles ist so klar und eindeutig, daß ein Mißverständnis ausgeschlossen, ja selbst eine Mißdeutung kaum möglich ist. So sollte man wenigstens meinen. Aber es gibt „Methoden“, die auch dieser Situation gewachsen sind.

Die besonnene und sachliche Stellungnahme der Bodenbacher Konferenz bildet natürlich für die Eroberungspläne des Herrn Wollschad und jener, die hinter ihm stehen, ein peinliches Hindernis. Wollte man der deutschen Bevölkerung sagen, was in Bodenbach tatsächlich beschlossen wurde, so würde niemand begreifen, warum man deshalb die deutsche Kinderfürsorge spalten soll. Die

Sache muß also anders gemacht werden. Herr Wollschad greift aus der Resolution sowie aus der Rede des Gen. Dr. Czech einige Sätze heraus, die sich auf unsere Erziehungsorganisationen sowie auf die von der Partei zu gründenden allgemeinen Fürsorgevereine beziehen und den sozialistischen Charakter dieser Organisationen betonen, er unterläßt es aber, diesen Zusammenhang klar zulegen, ja er stellt die Sache geradezu so dar, als ob diese Sätze das eigentliche Programm für unsere Mitarbeit in der neutralen Kinderfürsorge enthielten. Daß die Resolution dort, wo von dieser Mitarbeit die Rede ist, mit aller Deutlichkeit unbedingte Neutralität fordert, daß diese Forderung eigentlich nur wiederholt, was vor einigen Jahren der Aussiger Parteitag beschlossen, das alles kann Herr Wollschad nicht bezwecken. Das sind einfach — „orientalische“ Mäander. Ich bin zu wenig Fachmann, um zu entscheiden, ob diese Art von Verichterstattung einwandfrei „arisch“ ist.

Übrigens scheint Herr Wollschad selbst der Beweiskraft seiner Argumente doch nicht ganz zu trauen. Um vollkommen sicher zu gehen, rät er daher allfälligen Zweiflern, die Reden des Gen. Schweiger nachzulesen, der im Vorstand der Landeskommission (unserer! Ann. d. Red.) Sitz und Stimme hat. Nur schade, daß diese „Reden“ — es handelt sich offenbar um einige kurze Bemerkungen bei einer internen Fürsorgekonferenz in Olmütz — bis jetzt nicht gedruckt worden sind. Um Legendensbildungen vorzubeugen, möchte ich aber doch feststellen, daß ich lange nicht so „impulsiv arisch“ gesprochen habe, wie Herr Wollschad glaubt. Ich habe im Wesentlichen nichts weiter gefordert, als eine Gewähr dafür, daß in Zukunft alle Bevölkerungsschichten — also natürlich auch die Arbeiterkraft — in den Bezirksjugendfürsorge nach einem Verhältnismaßstab vertreten sein werden. Schließlich und endlich müßte doch auch der verbissene Richtmarxist bezeichnen, daß es nicht angeht, das Proletariat bei Sammlungen, Blumenzügen usw. zur Mitarbeit aufzurufen, bei den Wahlen in die leitenden Körperschaften oder einfach bei Stimmabgabe.

Für Herrn Abg. Wollschad scheint dies allerdings nicht zureichend. Seine Stellungnahme gegen den Vizepräsidenten der mährischen Landes-

kommission wirkt auch in diesem Zusammenhang wie eine unüberlegte Provolation. Herr Professor Wollschad weiß sehr gut, daß der erste Präsident des Reichsverbandes für Jugendfürsorge der deutschnationaler Senator Prof. Datzl, der jetzige Präsident des Reichsverbandes und gleichzeitig der böhmischen Landeskommission der deutschnationaler Bürgermeister Dr. Bayer, der Präsident der schlesischen Landeskommission der christlich-sozialer Senator Stollberg ist. Köhler er denn nicht, wie unlogisch, ja widersinnig es ist, gerade nur dem so sozialdemokratischen Politiker die Ehre abzusprechen, eine leitende Funktion in der öffentlichen Fürsorge zu bekleiden? Noch dazu, wenn es sich um einen Mann handelt, der seit mehr als einem Jahrzehnt in der deutschen Kinderfürsorge unermüdet tätig ist! Unwillkürlich drängt sich der Vergleich auf zwischen dem „volksfremden“ Sozialdemokraten, der in seinen wenigen freien Stunden für das Wohl der deutschen Jugend arbeitet, und dem Volkserzieher „arischen Geblüts“, der „letzten Endes“ die Zerrüttung unserer deutschen Kinderfürsorge „in Erwägung zieht“.

Ein Kapitel für sich bilden die Darlegungen, die Herr Prof. Wollschad unserer „Kinderfreunde“-Bewegung widmet. Da der Herr Abgeordnete offenbar keine Ahnung davon hat, was diese Bewegung erstrebt, nach welchen Methoden sie arbeitet, polemisiert er, das ist halt so arische Impulsivität, statt gegen die Kinderfreunde gehen — die Tschekia in Sowjetrußland! Die sozialdemokratische „Erziehung“, so erzählt er den erstaunten Lesern des „Grenzboten“, „bildet nämlich sowjeten erst die Unterstufe. Die sogenannten Kinderfreunde sind die Theoretiker. Auf der Oberstufe, der kommunistischen, erzieht man die Praktiker. Da geht man vom Wort zur Tat. Das lehrt Rußland. Wer sich hier einen genaueren Einblick verschaffen will, der lese Popoffs Buch über die Tschekia.“ Man hört förmlich, wie der Herr Professor erleichtert aufseufzt, nachdem so die Brücke zu einem ihm geläufigen Thema gefunden ist. Mit breitem Behagen berichtet er nun von dem Morden der Volkserzieher, dem Tiefstand der Moral des russischen Volkes, dem amtlichen Glückwunschtelegramm Stalin an eine großschöpferische Mutter und — die „Kinderfreunde“-Bewegung ist erledigt. So polemisiert ein deutscher Abgeordneter, der seinem Beruf nach Mittelschullehrer ist, der sich noch immer „Sozialist“ nennt, gegen die Bemühungen unserer Arbeiterkraft, um die Erziehung ihrer Kinder!

Eine Auseinandersetzung auf dieser Basis ist natürlich nicht möglich. Auch wenn alle die Schauermärchen, die Wollschad über Sowjetrußland erzählt, buchstäblich wahr wären, würde dies natürlich gegen die „Kinderfreunde“-Bewegung nicht das Geringste beweisen. Wer die einschlägige Literatur und Praxis auch nur ganz oberflächlich kennt, weiß, daß zwischen der „Kinderfreunde“-Bewegung und den kommunistischen Kindergruppen zumindest ebenso große Verschiedenheiten bestehen, wie zwischen der Taktik der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei. Die „Methoden“, die Herr Prof. Wollschad in der Diskussion gegen die „Kinderfreunde“-Bewegung anwendet, ist weder marxistisch noch antimarxistisch, sie ist einfach einer ersten Auseinandersetzung unwürdig.

Der Artikel Wollschads zielt mit voller Klarheit vor welcher Gefahr die deutsche Kinderfürsorge steht. Es ist hoch an der Zeit, daß die schwebenden Fragen im Rahmen der zuständigen Körperschaften bereinigt, allen unermüdeten Elementen aber energisch die Tür gewiesen wird. Die deutsche Kinderfürsorge darf nicht mißbraucht werden für chauvinistische Experimente.

# Ein Proletariermädel.

Die furchtbare Anklage eines Tagebuches.

Das Deutschland, das wahrhaft furchtbar empfindet und seine moralischen Ansprüche nicht mit hochtrabenden Rhetorik erwidert, wird seit einigen Tagen von Frauen und tiefstem Mitleid geflutet. Ein Buch schreit gellend durch das Stimmengewirr des Alltags und überdient es, ein Tagebuch, von einem siebzehnjährigen Proletariermädel geschrieben, erhebt Klage und spricht Urteil, ein blühendes junges Mädel legt Zeugnis ab, Zeugnis mit seinem vernichteten Leben gegen ein System und eine Ordnung, die es in den Abgrund und in den Tod gestoßen haben.

Um es gleich zu sagen: Der revolutionäre Akt, den dieses Buch bedeutet, geht von einem katholischen Verlag aus, als Herausgeberin zeichnet die Oberin eines katholischen Klosters. Draußen, im Deutschen Reich, hat eben die politische Bewegung des Katholizismus auch im Leben des Proletariats Wurzeln und sie erschöpft ihre Kräfte nicht darin, alle Verantwortung in ihrem Bestand zu sichern. Im Deutschen Reich wurde der Kampf, den Margarete Machan, die Schusters-tochter, allein und schließlich unterliegend, gegen eine Gesellschaft voller Grausamkeit und Unvernunft führte, von denen, die sich ihrer Seele angenommen hatten, nicht verraten. Ihnen ist das Schicksal dieses Mädchens mehr als ein Thema für hohle Kanzelreden und für Mahnungen an die, die — dafür nichts können.

Es ist furchtbar, dieses Schicksal, nicht für das Proletariat bezeichnend, zu dem es gehört, aber im Proletariat allein möglich. Nie hätte es sich in all seiner Tragik vollenden können, wenn diejenige, die von ihm gezeichnet war, nicht als Tochter armer Schustersleute, am Rande der reichen Bürgerstadt Bremen, geboren wäre, gelebt und ihren Tod gefunden hätte.

Am 1. Juni 1924 starb in Bremen die Schu-

sterstochter Margarete Machan. So wird sie in dem bei Herder und Komp., Freiburg im Breisgau, erschienenen Buch „Vom Leben getrieben“ genannt, das von der Oberin im Ursulinerinnenkloster Haselünne bei Meppen J. W. Breime, herausgegeben ist. Ihr Name ist wie alle anderen Angaben, die ein deutlicheres Erkennen der Persönlichkeiten und Begebenheiten möglich machen könnten, verändert worden. Aber der Sturm, der angeschlagen wurde, hat alle Masken gehoben. Heute weiß man schon in Deutschland um die wirklichen Namen, und es steht fest, daß Bremen der Ort dieser Handlung ist. Und kann es aber gleichgültig sein, wie Margarete in Wahrheit hieß. In zweifacher Sinne bekümmert vor allem uns, daß dieses erlebte Drama in Deutschland vor sich ging. Also Margarete Machan starb, eine Siebzehnjährige. Zwei Jahre lang, fast bis zu ihrem siebzehnten Geburtstag, hatte sie in Tagebuch mit Ausdauer, mit Ausföhrlichkeit, mit einer Selbstverhärlichkeit des Monologes geschrieben, die wie ein Erlebnis wirken, da man es liest. Sonst — ein junges Mädchen Tagebuch mag küßlich und voller verlegener Heimmlichkeiten sein. Dieses ist ehrlich und hat gar nichts, gar nichts vom Lustspielmäßigen des deutschen Volkstums an sich. Und auf jeder dieser zweihundert Seiten, die es enthält, drängt sich dem Leser das quälende Bewußtsein auf, daß alles, was hier in peinigender Angst gesammelt wird, nicht einer einzelnen allein passiert sein mag, sondern Hunderten, Tausenden von Margareten in deutschen Proletariatsfamilien, und daß nur die eine den Mut hatte, es in Worte zu fassen.

Woran Margarete Machan knappt vor ihrem siebzehnten Geburtstag starb? An Syphilis! Es steht nicht in ihrem Totenschein. Was die Diagnose mag auch nicht ganz sicher sein. Aber es ist so. Sie starb an Syphilis, nachdem ihr vierzehn Selbstverleumdungen verdrängt worden waren. Aber das ist nicht ihre Tragödie, sondern das, was vorherging, und wie sie starb. Sie ist als älteste von fünf Kindern früh entwidelt, von freundlichem Volk — denn ihre Eltern sind polnischer Abstammung —, der Vater war Schuhmacher,

die Mutter Hüßlerin. Sie besah eine der bremischen „Hanshaltungsschulen“, bildete mit mehreren Klassenmännern einen „Tagebuchklub“ und blieb dessen Sitzungen fern, nachdem Mädchenpiel und Schmeichelei längst vorüber sind. Dann, nach der Schule, wird sie Verkäuferin in einem Warenhaus.

„Hätte ich“ — so heißt es nun im Tagebuch — „Kampf zum Einzelwerden, so könnte ich's werden. Man nannte mich ein „schönes Mädchen“, ich hätte so „wunderbare Augen.“ Rumpst! Aber im Spiegel habe ich mich doch daraufhin genau bewundert.“

Und jetzt beginnt das wohlbeladene Spiel. Die Freundin, eine Stenotypistin mit Seidenstrümpfen und Lackshuhen, der Chef, der ihr nachstellt, und schließlich eine Reise nach Berlin mit jener verführerischen Freundin, der es so gut geht. Aber dieser fünfjährige Aufenthalt in Berlin wird ihr zum Schicksal. Ein Kinderstreich, ohne Wissen der Eltern begangen, die sie vernachlässigt haben, und sein andres Mittel, sie zu finden, leben, als indem sie sich an die Polizei wenden. Die Mutter holt endlich die Dampfernde, von diesem Abenteuer Zerstückelnde, aber in völliger Unschuld Ahnungslos ab. Die Mädelheit muß natürlich der Polizei gemeldet werden. Da erzählt das Tagebuch:

„Ich mußte zu einem Verhör erscheinen, in Begleitung meiner Mutter oder meines Vaters. Mutter kam mit.“

Ich kam zu einem Sekretär. Er fragte, ob ich mit Herren in Berlin verkehrt habe; ob ich mit denselben in Hotels geschlafen hätte; ob ich dafür Geld erhalten hätte. Ich verstand das gar nicht. — Ich sagte ihm, daß ich gar keinen Herrn — ich doch überhaupt unmöglich mit einem Herrn schlafen sehen könnte — und in einem Hotel — zum Geben dienen?

Ich konnte ihm doch nicht weismachen, sagte er, daß wir gänzlich ohne Herrenverkehr gewesen wären. Fünf Wochen in Berlin herumgetrieben; wozu wir doch gelebt hätten? Ich mußte weinen. Ich sollte das Heulen lassen und lieber die Wahrheit sagen, wir hatten doch von der Lust

nicht leben können. Also, wie oft wir in Hotels gewesen wären, und was die Herren und wir das Zusammenschlafen gegeben hätten. Daß das, was der beamtete sagte, irgend etwas Gemeines war, das verstand ich nun, aber ich hätte so etwas tun sollen . . . ?

„Nun? — Was mit der Wahrheit!“

„Wir haben doch alles verkauft, Röches Kleider und Schmuckstücke, und auch meine Uhr und Ketten, um nicht zu verhungern. Wir waren doch auch bei unseren Verwandten.“ Er belebte mich aber fortwährend und sagte mir so schmutzige Worte, die ich mich schäme, hier in dieses Buch niederzuschreiben.“

„Ich habe in Berlin endlich gelitten und im Grunde nur meinen Eltern schmerzlich wehe getan; ihnen allein bin ich wohl Rechenschaft schuldig.“ sagte ich stolz. Er rief Mama herein und sagte: „Da ist nichts herauszukriegen; die ist nicht zur Wahrheit zu bringen, im guten wie im strengen.“

„Mutter, ich habe die Wahrheit gesagt, aber der Herr glaubt mir nicht und beleidigt mich fortwährend. Ich habe noch nie so schlechte Worte gehört wie eben hier; ich kann mir kaum vorstellen, daß es tatsächlich so schlechte Menschen gibt, wie dieser Herr sagt, der mir so viel Schicksal gibt.“

„Mutter! — Ich bin doch noch so jung, und du allein weißt, daß ich nicht lüge, und daß ich nichts Böses tun kann.“

In einem Briefe der Mutter an ihre Schwester, die die Margarete für einige Zeit aufnahm, steht folgendes:

Die Polizei — ich hörte nie so schlechte Sachen wie daselbst, und daselbst wurde Gretchen zur Last gelegt. Man hielt sie für eine Straßendirne. Stelle dir vor, ein Kind von fünfzehn Jahren, und Gretchen, die allezeit so sonnig, frei und offen in die Welt sah. Die Herren müssen doch tatsächlich einen Unterschied machen, anstatt einem jungen Menschenkind eine solche Welt zu zeigen.

(Schluß folgt.)

Der Kammierer Mörder gefunden.

Brünn, 17. Febr. Die bisher in rätselhaftes Dunkel gehüllte Kammierer Mordaffäre hat heute in später Nachtstunde ihre Klärung gefunden. Der Hilfsarbeiter im Schlossgarten von Kammier Illrich Filipin, der gestern einen Selbstmordversuch unternommen hatte und von der Polizei in der Nähe des Schlosses in einem Straßengraben aufgefunden wurde, hat heute dem Gendarmerieoberleutnant Wetzel ein volles Geständnis abgelegt. Er erklärte, bei dem Domänendirektor Thall auf Raub ausgegangen zu sein und zuerst dessen Frau und das Dienstmädchen ermordet zu haben. Bei seinem Weggehen habe er den Direktor getroffen und ihn ebenfalls niedergeschlagen. Dann habe er in der Wohnung eine Kaffee-, silberne Gefäße und drei goldene Uhren geraubt und sodann die Wohnung in Brand gesetzt, um sämtliche Spuren zu verwischen.

Inland.

Letzte Galgenfrist

für die christlichsozialen Demagogen.

Das Jägerndorfer Organ der schlesischen Christlichsozialen schreibt Johanna. Die Verwaltungsreform wird im Ausschusse verhandelt, es hat noch gute Wege mit ihr, man wird manches ändern können. Sochla ist barmherzig, er läßt uns noch was dreinreden. So tröftet das „Volk“ sich und seine Leier. Wie der schuldenwüchtige Risseher, der die Spur von keiner Tat noch einmal abzuweilen sieht, aber sicher ist, in ein paar Wochen doch erwischt zu werden, sich der Galgenfrist freut, so ermunert die Christlichsozialen auf; noch können sie das traurige Handwerk weiter treiben, bis zur Einleitung der Verhandlungen werden ein paar Wochen verstreichen. Indessen spielen sie weder Opposition gegen ihr eigenes Gesetz, das der Sochla doch mit den großen Knädeln bereits im Voraus bezahlt hat. Das „Volk“ schreibt:

Das Anliegen der Verwaltungsreformvorlage hat im Abgeordnetentag ein ganz außerordentliches Interesse hervorgerufen. Die ganze Opposition ist auf den Beinen und bemüht gegen diesen Einnahmesturm zu laufen. So ganz hinter der Vorlage stehen eigentlich nur die Anhänger des Zentralismus, nämlich die Leute um Sochla und Aramar. Von ihrem Standpunkte aus ist der Entwurf ein Meisterwerk der Regierungskunst und ein Maximalprogramm ihrer zentralistischen Wünsche und Methoden. Sie haben es zugegeben, eine Verrücktheit des Staates in Landesverwaltungen vorzutauschen, und dadurch den schlesischen Autonomisten eine Loslösung vorgelegt. In dieser Zeit aber verstanden sie es, die Fäden der Verwaltung so fest nach Prag zu konzentrieren, daß die Landesautonomie sich nur als eine Scheinautonomie entpuppt und einen vollen Sieg des Zentralismus bedeutet. Für die Leute hinter Aramar und Sochla mag die Verteilung des Staates, trotzdem sie parteipolitische Vorteile haben, weil Wählerschaften und die Stimmkraft gegenüber der Stärke der Parteien in den genannten Verwaltungsgebieten ihre Einflußgebiete darstellen. Für die deutschen Regierungsparteien liegen jedoch die Dinge anders, wenn auch für den Bund der Landwirte die Lage noch annehmbarer zu sein scheint, als für die deutschen Christlichsozialen.

Unglaublich diese Ungerechtigkeit beim großen Knädelstehlen! Es scheint, daß die Christlichsozialen es wieder nicht „ermahnen“, wie sich die Sozialdemokratie so schön ausdrückt, und daß sie zum Fenster hinausschauen müssen, während die andern an der dampfenden Schüssel sitzen!

Wir möchten aber die Christlichsozialen einmal um die Reorganisation einiger Fragen ersuchen, die ihnen Drucker, Schwarz, Papier und schlotternde Angst ersparen könnten:

Ist die Verwaltungsreform ein Privatanktrag des Herrn Cerny oder ist sie durch den Ministerrat gegangen, in dem der Abgeordnete Harting Sitz und Stimme hat?

Ist die Verwaltungsreform wie alle anderen Gesetze und Anträge durch die Osmitka gegangen oder hat sie der Herr Luscha, der die Christlichsozialen „Opposition“ führt, zum erstenmal in Aussicht genommen, als sie den Abgeordneten eingehändigt wurde?

Da dies kaum anzunehmen ist, wie hat also Herr Luscha in der Osmitka gestimmt?

Werden die Christlichsozialen, wenn schon nicht alle übrigen Schandparagrafen des Polizeigesetzes, so doch die von ihnen angeblich so vertretene schlesische Autonomie zur Kabinettsfrage machen oder sind sie heute schon bereit, sie den großen Knädeln zu opfern, die Herr Sochla der „Wagependanten“ (mit der doch die Herren Bobel, P. Krüger und Dr. Schaffer ohnehin in keinem wie immer genutztem Zusammenhang stehen), so daß sie ihnen gleichgültig sein kann?

Wir stellen diese Fragen wirklich nicht aus Neugierde, da wir für unser Teil keinerlei Zweifel hegen, wie sich die Herren benommen haben und noch benommen werden. Aus keiner Menschenscheue stellen wir den Christlichsozialen andern, durch die schlesische Verantwortung dieser Fragen allen deutschen Parlamenten auszusprechen und ihre besorgten Wähler ein für allemal zu beruhigen.

Budgetausführl. des Abgeordnetenhauses.

Dieser Paragraf der Hauszinssteuer erledigt. Prag, 17. Febr. Der Budgetausführl. erledigte heute die §§ 147 bis 150 der Hauszinssteuer; an jeden einzelnen Paragrafen erzwang sich eine lebhafteste Debatte. Die Opposition verlangte zunächst die Streichung des § 147, der vorsieht, daß mehrere Gemeinden, die eine geschlossene Siedlung bilden und alle der Hauszinssteuer unterworfen sind, in Hinsicht auf diese Steuer zu einem Ganzen vereint werden; der Berichtsjahrer begründet dies damit, daß in solchen Fällen eine mit gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen auch gleich belastet werden sollen.

In § 148, der über die Steuergrundlage handelt, wurde ein Abänderungsantrag der Mehrheit angenommen, der natürlich wieder einen Vorteil für die Hausbesitzer enthält; bei nur teilweise vermieteten Häusern in Orten, die sonst der Hauszinssteuer unterliegen, soll nur von den wirklich vermieteten Räumen die Hauszinssteuer bezahlt werden, während die nicht vermieteten Räume (also insbesondere die Wohnung des Hausbesitzers) nur von der (niedrigeren) Hauszinssteuer erfasst werden soll. § 149 setzt in der Vorlage in 9 Punkten genau auseinander, was alles unter den Begriff Mietzins fällt; ein Antrag der Mehrheitspartei stiftet diesen Paragrafen völlig um.

Genosse Diel verlangt dazu, daß die Hauszinssteuer progressiv nach dem Quadratmeter des bebaubaren Fläche bemessen wird; es wäre besser, mit dem System zu brechen, daß der Hausbesitzer die Steuer einbeht, und dafür die Mietzins durch die Steuer bezahlen zu lassen. So könnte man den Arbeitern Ermäßigungen gewähren, während die Mieter größerer Wohnungen entsprechend mehr zahlen würden; auf diese Weise käme der Staat der kleinen Mieter am besten zum Ausdruck. Später machte Genosse Diel noch besonders darauf aufmerksam, daß in diesem Paragrafen keine Bestimmungen über Vorkaufszins, Abstandsgebühren und vorausbezahlte Zinsen enthalten sind; diesen eingerissenen Übelständen müsse man energisch steuern und gerade hier wäre die Gelegenheit dazu.

Nach der Beratung des § 150, der festsetzt, daß nur die Wäse für die Hauszinssteuer einschließlich Zubehör der Hauszinssteuer unterworfen ist, daß aber Gebühren für die Ver-

waltung von maschinellen und gewerblichen Einrichtungen, für die Zentralheizung und Lichterzeugung nicht hauszinssteuerpflichtig sind, wird die Sitzung auf morgen, Freitag, vertagt.

Die Diktatoren arbeiten.

Wie das Abendblatt des „Pravo Sida“ mitteilt, wurde schon die Regierungsvorordnung ausgearbeitet, durch die die Bezirksgerichte festgesetzt und die Art der Zusammenlegung einzelner Bezirke festgelegt wird. Diese Regierungsvorordnung ist im Innenministerium schon fertig, wird aber erst veröffentlicht werden, bis das Gesetz über die Verwaltungsreform vom Parlament erledigt ist.

Die Regierung denkt also nicht im Geringsten daran, sich mit jenen Bezirken, welche kurzerhand aufgehoben werden sollen, vorher irgendwie zu verständigen und sich über die bedrohten Interessen der Bezirksstädte und ihrer Bevölkerung unterrichten zu lassen, sondern sie hat ihr brutales Diktat schon von einigen Bürokraten aus dem Innenministerium fertigstellen lassen und will es rücksichtslos durchführen, ohne sich auch nur irgendwie um die Lebensinteressen der beteiligten Bevölkerungskreise zu kümmern!

Endlich de jure-Anerkennung Rußlands?

Das agrarische Mittagsblatt „Rok“ brachte gestern die Meldung, daß schon in den nächsten Wochen die tschechoslowakische Regierung Zusage für die Anerkennung und mit ihm normale diplomatische Beziehungen aufnehmen wird; das Außenministerium treffe schon Vorbereitungen für die Erneuerung von Gesandten, Attaches und Konsuln. Auch die „Karadni Politika“ bestärkt, daß diese Frage wieder im Vordergrund steht; die de jure-Anerkennung würde sich lediglich in der Erneuerung beiderseitiger Gesandtschaften äußern. Das „Pravo Sida“ erklärt ebenfalls, daß diese Meldung der Wahrheit entspricht, und begrüßt sie mit frohlicher Genehmigung. Es liegt nichts daran, wie Rußland innerpolitisch beschaffen ist, sondern es handle sich darum, daß die Tschechoslowaken sich nicht dauernd davon ausschließen, in Rußland eine wirtschaftliche Rolle zu spielen und sich nicht dem Fühlen des russischen Volkes zu entfremden.

Der Entwurf eines Baugesetzes.

Endlich nach mehr als zweijähriger Pause, hat sich die Regierung entschlossen, dem Parlament einen Gesetzentwurf über die Baubewegung vorzulegen. Die Vorlage vom Juni 1926, der sogenannte Bittermannsche Entwurf, ist tatsächlich zurückgezogen, seine Wiedereinbringung in gleicher oder ähnlicher Form wird angefündigt. Damit ist demnach vorläufig die gleichmäßige Erhöhung der Mietzinses beseitigt, was zu begrüßen ist. Eine Erhöhung der Zinsen, wie sie der Entwurf vom Juni 1926 vorsieht, ist für die Arbeiter und Angehörigen bei den bestehenden Lohn- und Löhnerverhältnissen aber auch kaum möglich.

Leider ist der vorliegende Entwurf wiederum vollständig unzulänglich und nicht geeignet, die Baufälligkeit irgendwie nennenswert zu fördern. Im großen ganzen bleiben die Bestimmungen der früheren Gesetze über die Beschaffung der Baupläne (das Enteignungsrecht), die Lohnschiedsgerichte, die Verwendung der Sozialkassen, die Wohnungsfürsorge für die Staatsbediensteten und die Abänderungen der Bauordnungen mit geringen Abweichungen aufrecht.

Sehr wesentlich und zumeist nachteilig sind die Änderungen, welche an dem wichtigsten Kapitel, der staatlichen Bürgschaft, vorgenommen werden. Schon die Bestimmung des § 30 Abs. 2 des Entwurfes ist bezeichnend. Sie lautet: „Auf die Gewährung der Unterstützung nach den Bestimmungen dieses Kapitels hat niemand Anspruch“. Das heißt: Auch wenn alle Voraussetzungen für die Gewährung der Unterstützung vorliegen, kann das Ministerium das Ansinnen einfach ablehnen, ohne auch nur eine Begründung geben zu müssen. Das öffnet der Willkür der Protection und der Korruption Tür und Tor. Wer das ist, die hohe Protection der Agrarier oder Merkanten genügt, bekommt etwas; wer im Geruch steht, Sozialist zu sein, wird abgewiesen. Weiters werden die Gemeinden, Bezirke und Sozialversicherungsanstalten von den Begünstigungen des Gesetzes ausgeschlossen; zugelassen werden nur noch Private und gemeinnützige Vorgesellschaftungen. Unterstützungen sollen nur für Häuser mit kleinen Wohnungen gewährt werden, mit deren Errichtung bis 31. März 1928 begonnen wird. Das hat seinen Grund darin, daß die Regierung im Herbst einen neuen, sich an den Entwurf vom Juni 1926 anschließenden Entwurf dem Parlament vorlegen will, der die Sanierung auf Jahre hinaus regeln und mit dem Abbau des Ende April 1928 ablaufenden Mietzinses verbinden soll. Der Entwurf unterbindet Familienhäuser und Mietshäuser. Externe sind Häuser mit einer Wohnung, während bisher auch Eigenhäuser mit zwei Wohnungen unterläßt werden konnten; also wiederum eine Verschlechterung.

Grundlegend ist aber die Regelung des Unterstützungsprozesses selbst. Bisher gab es drei Arten der Unterstützung, und zwar entweder jene durch Uebernahme der Bürgschaft des Staates für die Verzinsung und Amortisierung des Darlehens zweiter Zinspost in der Form, daß der Staat Zinsen und Annuitäten selbst bezahlt, oder durch Leistung eines Beitrages des Staates zur Verzinsung und Amortisierung des Bauaufwandes

oder endlich durch Uebernahme der Bürgschaft für einen Teil des Darlehens unter gleichzeitiger Gewährung eines Vertrages zum Bauaufwand seitens des Staates. Der Entwurf lehnt alle drei Arten der Unterstützung ab und übernimmt jene Art der Unterstützung, wie sie das alte Baubewegungsgesetz vom 22. Dezember 1910 vorsieht, welche darin besteht, daß der Staat die Zinsen und Annuitäten von den verbürgten Darlehen zweiter Zinspost nur dann bezahlt, wenn sie der Hausbesitzer nicht selbst entrichtet. Aber auch diese Verpflichtung des Staates wird wesentlich eingeschränkt durch die Bestimmung des Entwurfes, wonach der Staat die Rückstände erst bezahlt, wenn der Schuldner nach erfolgter Mahnung seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, der Staat hiervon verständigt wird und von diesem Augenblicke an 30 Tage verstrichen sind. Es ist ganz klar, daß diese Art der Unterstützung die Erlangung von Hypothekendarlehen ungemein erschweren muß.

Geradezu katastrophal ist aber die Herabsetzung der staatlichen Unterstützung von 50 70 Prozent auf 45 Prozent und der zulässigen Gesamtdarlehens von 92 Prozent auf 70 Prozent des Bauaufwandes. Das bedeutet, daß derjenige, der ein Haus baut, 30 Prozent des Bauaufwandes selbst aufbringen muß; da Eigenhäuser nur von Unbemittelten erbaut werden sollen, werden sie in den meisten Fällen diese 30 Prozent nicht aufbringen und daher nicht bauen können. Geseht den Fall, ein solches Haus koste 40.000 K. Davon muß der Bauherr 12.000 K selbst aufbringen und die restlichen 28.000 K selbst verzinsen und amortisieren, was einen jährlichen Aufwand von rund 2000 K erfordert. Welcher Arbeiter, welcher Angestellte wird das aufbringen können?

Noch schlimmer steht die Sache für die Genossenschaften, welche doch eigene Mittel nicht besitzen und nun 30 Prozent des Bauaufwandes, der sich bei größeren Mietshäusern auf hunderte Tausende Kronen beläuft, selbst aufbringen muß. Diese Verfügung bleibt weit hinter dem Gesetz vom 22. Dezember 1910 zurück, der für Mietshäuser eine Befreiung von 30 Prozent zuläßt.

Ganz unzulänglich ist die Begrenzung der Bürgschaft auf einen Gesamtbetrag von 120.000.000 K. Das bedeutet, daß mit staatlicher Bürgschaft Häuser mit einem Bauaufwande von höchstens 260.000.000 K an erbaut werden können. Es können also, wenn man von allen schon erwähnten Erschwerungen abläßt, im ganzen Staat circa 6 bis 7000 Wohnungen errichtet werden, eine Ziffer, die angesichts der herrschenden Wohnungsnot geradezu lächlich ist. Die Stadt Wien allein erbaut jetzt schon seit Jahren alljährlich eine gleiche Anzahl von Wohnungen aus eigenen Mitteln.

Aus alledem ist ersichtlich, daß die Vorlage ganz unzulänglich ist, die Gewährung der Unterstützung an ungemein schwer zu erfüllende Bedingungen knüpft und alles dem freien Ermessen der Behörden überläßt. Wenn die Vorlage nicht grundlegend verbessert wird, kann sie nicht angenommen werden.

Die Deutschnationalen wollten die Richtlinien verlegen.

Berlin, 17. Febr. (Eigenbericht.) Heute beschäftigte sich eine interfraktionelle Konferenz der Regierungsparteien mit der vom Zentrum gewünschten Veröffentlichung der Richtlinien, die feinerzeit die Grundlage für die Verhandlungen des Reichsanwalts mit den Deutschnationalen gebildet hätten, und von denen auch angenommen worden waren. Die Linkspresse hatte diese Richtlinien veröffentlicht; die deutschnationalen Presse hat sie aber bis heute ihren Lesern vorenthalten, weil sonst die Zersplitterung der Partei gar zu offensichtlich geworden wäre. Wegen dieser Dinge kam es in der heutigen interfraktionellen Sitzung zu heftigen Auseinandersetzungen; die Vertreter des Zentrums drängten darauf, diese Richtlinien endlich offiziell bekanntzugeben, während die Deutschnationalen aus parteipolitischen Gründen sich heftig dagegen sträubten. Schließlich aber mußten sie doch nachgeben, und es wurde beschlossen, die Richtlinien nunmehr offiziell zu veröffentlichen.

Die deutsch-polnische Spannung

Polen lehnt geordnete Verhandlungen über die Ausweisungfrage ab.

Warschau, 17. Febr. (Eigenbericht.) Der deutsche Gesandte in Warschau, hat dem Außenminister den offiziellen Vorschlag gemacht, geordnete Verhandlungen über die Ausweisungfrage aufzunehmen. Das polnische Außenministerium erklärt dazu, daß es vorläufig keine Verhandlungen führen könne. Die Frage des Aufenthalts und der sonstigen Rechte von Ausländern sei durch die innerpolnische Gesetzgebung, und zwar in liberalerer Weise als in Deutschland, geregelt. Polen habe außerdem mit keinem Zweite bedeutende internationale Verträge über die Ausweisung abgeschlossen. Im übrigen sei Polen jederzeit bereit, die Frage des Niederlassungsrechtes innerhalb der Verhandlungen über einen Handelsvertrag zu besprechen und die wirtschaftlichen Verhandlungen jederzeit wieder aufzunehmen. Polen lehne es aber ab, die Regelung der Niederlassungsfrage als Vorbedingung für die Erneuerung der wirtschaftlichen Verhandlungen anzunehmen, nachdem man jahrelang diese Frage innerhalb der Handelsvertragsverhandlungen aufgetragen habe.

Die britische Arbeiterbewegung und Afrika.

(J. J.) Zuerst erscheint eine Publikation über das Programm der britischen Arbeiterbewegung betreffend die Eingeborenen in Afrika und die von ihnen bewohnten Gebiete, die unter der Verwaltung der britischen Regierung stehen. Das Buchlein, betitelt „Die Arbeiterbewegung und das Reich: Afrika“ (Labour and the Empire: Africa), herausgegeben von Trades Union Congress und der Labour Party, 22-24, Colclough Square, London E.C. 1, Preis 6 Pence, enthält eine wertvolle Zusammenfassung sachkundiger Informationen über die Bedürfnisse der Arbeiterschaft in Afrika und ist daher von größtem Interesse für alle, die sich mit den Problemen der Kolonialpolitik der Arbeiterklasse befassen.

Das Programm behandelt lediglich jene Teile des afrikanischen Reiches, die als Kronkolonien, Protektorate oder Mandatsgebiete verwaltet werden, dagegen nicht die südafrikanische Union, die ein Dominion mit Selbstverwaltung ist. Diese eine Gruppe von Gebieten, die keine Selbstverwaltung haben, sondern autokratisch verwaltet werden, wobei die verschiedenen Typen der Verwaltung nur graduelle Unterschiede aufweisen, umfaßt mehr als zwei Millionen englische Quadratmeilen afrikanischen Gebietes und ungefähr 42 Millionen Menschen. Von diesen 42 Millionen sind weniger als 20.000 Weiße, hauptsächlich Kaufleute, Händler, Kapitalisten und Adelige. Die Eingeborenen unterliegen einer erheblich höheren direkten Besteuerung als die Weißen und so wurden die Farbigen ihres besten Bodens beraubt, den sie den Weißen zu niedrigen Preisen verkaufen oder verpachten mußten.

Zwei gegenwärtige Tendenzen bedrohen hinsichtlich der tropischen Gebiete Afrikas. Die eine ist die der afrikanischen Politik, die den Boden der eingeborenen Bevölkerung vorbehalten will, europäisches Kapital und Unternehmensenergie aber nicht ausschließt, als diese die Entwicklung der Bevölkerung nicht hemmen. Die andere Tendenz, die europäische Politik, tritt für die ökonomische Entwicklung des Landes durch europäische Unternehmen mit Hilfe von sogenannten „freien“ oder offen gehaltenen farbigen Arbeitern ein.

Die einzelnen Punkte des Programmes behandeln die Probleme des Bodens, der als Eigentum der Eingeborenen angesehen werden soll; die Steuerertragnisse sollen für die Bedürfnisse der Eingeborenen, wie Gesundheitswesen, Schulwesen und Landwirtschaft, Verwendung finden; bei Abschluß von Arbeitsverträgen soll jeder Zwang verboten, die zurückgehenden Sonderbestimmungen für Farbige aufgehoben werden. Weitere Forderungen betreffen das Schulwesen, das wieder völlig vernachlässigt war. Eine Labour-Regierung wird zuerst den Anteil der Eingeborenen an der kommunalen Selbstverwaltung steigern und sodann die Vertretung der Eingeborenen in den gesetzgebenden Körperschaften erhöhen, wobei das Ziel ein politisches System der Selbstverwaltung an Stelle der bestehenden Autokratie sein soll.

In einem kurzen Vorwort, das die Schrift enthält, steht der frühere Staatssekretär für die Kolonien in der Labour-Regierung, J. C. Thomas, die Grundforderungen der britischen Labour-Party zugunsten der afrikanischen Eingeborenen zusammen und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Durchführung dieser Forderungen eine der bedeutungsvollsten Aufgaben darstellt, die eine künftige Labour-Regierung zu erfüllen haben wird.

Heimliche Rüst.

Die Wiesen sind noch weiß bedeckt. Doch die braunen Schollen, die sich grün umfärben wollen, leuchten sich im Sonnenglanz und armen herben Duft in die Frühlingsluft.

Da dem Begrüßung ein großes Klingeln. Wasser rinnen. Frühling! Frühling wird es bald! Jetzt ist über Wald und Garten auch noch kalt, doch du jedes Geästlein doch schon trübend singen.

Gauß Donheiser.

Das vorbildliche Mitglied.

Komm nicht zur Verformung. Wenn du kommst, komm zu spät. Ueberhaupt, wenn das Wetter nicht schön ist, warte dir's zehnmal.

Drei Millionen für ein Speisezimmer.

Heute saß ich neben mir in der Straßenbahn ein junges Mädchen, allem Anschein nach eine Konstituentin. Bei einer Haltestelle stieg ein junger Mann ein, der das Mädchen herzlich begrüßte.

Ein mörderischer Zyfflon.

In den Weststaaten Amerikas.

Paris, 17. Februar. Am Stillen Ozean an der Westküste der Vereinigten Staaten wütet ein gefährlicher Zyfflon, dem in San Francisco 17

Die Schuld der Regierung an der Zuderteuerung.

Gegen die Machinationen der Zuderbarone. — Für die öffentliche Kontrolle der Kartelle!

Die Genossen Dietl und Kaufmann haben an die Gesamtregierung eine Interpellation über die Zuderteuerung gerichtet, in der sie feststellen, daß die neuerliche Preiserhöhung des Zuckers für die Monate Jänner und Febr. einen großen Bruch der Vereinbarungen darstellt, welche die Zuckerindustriellen mit der Regierung getroffen haben.

nicht nur eine volle Ueberwälzung der neuen Steuer, sondern darüber hinaus noch eine Verteuerung um 16 Kronen

stattgefunden hat. Die Entschuldigung der Regierung, daß inzwischen die Aufhebung der gebundenen Wirtschaft stattgefunden und die Regierung infolgedessen keinen Einfluß auf die Regelung des Zuckerspreises mehr hat, ist ganz halblös, denn es wäre Pflicht der Regierung gewesen, sich vor der Aufhebung der gebundenen Wirtschaft dessen zu vergewissern, daß eine Preiserhöhung nicht eintritt und die Regierung ihr bindendes, dem Parlamente und den Konsumenten gegebenes Versprechen einlösen kann.

Die Resolution des Abgeordnetenhauses, in deren Entschluß die Regierung die Aufhebung der gebundenen Wirtschaft verfügte, hatte übrigens das Sinken der Weltmarktpreise zur Voraussetzung; da aber das Gegenteil eintrat, wäre es Pflicht der Regierung gewesen, die Volkserziehung rechtzeitig zu informieren und ihr Gelegenheit zu einer neuerlichen Stellungnahme zu

geben, zumal zu Beginn der Kampagne 1926/27 die steigende Tendenz auf dem Weltmarkt schon bekannt war.

Die Aufhebung der gebundenen Wirtschaft gerade in dieser Situation stellt sich somit als ausgeprägter Liebesdienst gegenüber dem Zuckerkartell dar, der ihm einen in die Millionen gehenden Extraprofit sicherte.

Zum Beweis dessen, daß die Behauptungen der Zuckerindustriellen, sie erzielen selbst bei den heutigen Preisen kaum einen Gewinn, vollständig unzutreffend sind, wird auf die hohen Reingewinne der Zuckerfabriken verwiesen und sodann ein Artikel der „Lidobe Revue“ zitiert, der die Falschheit und Unaufrichtigkeit der Kalkulationsmethoden der Zuderbarone ins rechte Licht rückt.

Die Wehrlosigkeit des Konsums durch diese ungerechtfertigte Preiserhöhung muß auf mindestens 250 Millionen geschätzt werden.

Das ist ganz unerträglich in einer Zeit der Not, Teuerung und Arbeitslosigkeit, zumal gerade jetzt über die Herabsetzung der Steuerlasten für die bestehenden Klassen verhandelt wird.

Die Interpellanten verlangen daher von der Regierung energische Maßnahmen gegen die Machinationen des Zuckerkartells, ferner die Aufhebung oder wenigstens die Ermäßigung der Verbrauchssteuern und des Einfuhrzolls auf Zucker und endlich die Einbringung eines Gesetzesentwurfes über die öffentliche Kontrolle der Kartellwirtschaft unter maßgebender Mitwirkung der gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen.

und Zstände aus dem Lande jagten, kann ein Berichtstatter in einem Blatte, das jedenfalls zuerst genommen werden will, folgendes schreiben:

Der Begeisterung des Redners mag es wünschenswert werden, wenn er von Pöbellogik Groß auf die nahe Hoopung übertrug und dabei dem alten Rednerwort nicht ganz gerecht wurde, — mit wem wir an verdienten Schicksal, wie Maria Theresia und Josef II., — und wenn er die Kapuzinerwelt Pöbellogik Groß allem sehr hinausstülte. Wer die Gräueltaten gesehen hat, die sich auch heute noch jedes feühlenden Menschen in der Stadt beschreiben und nicht frischgeschmiedete Wiener Karikaturen demüht, der ohne, welche Kräfte dort: noch in Klammern, welche Zauschwärme dort: noch erstehen könnten, und nicht geschichtlich grobherzig: wann wir selbst nicht habeburger Politik gesehen aber auch nur beschämter haben wollen! Auch andere politische Werte wären besser angesprochen gewesen. Isten können besser man keine Züge!

Die stets frischgeschmiedete Wiener Karikatur, die es dem guten Mann angestanden und er schreibt, daß dann Zauderkräfte schrammten. In Brüssel sind es die politischen Umgebungen der Habburger-Sakalen, die gewiß Urhache haben, um die Habburger zu trauern, weil sie als „treue Diener“ von ihnen Besitz und Geld erhalten haben, welches den Segnern der Habburger gestohlen wurde. Auch Maria Theresia und der Volkskaiser Josef II. konnten in dem System nicht auszuweichen ändern und wenn man ihre Schulerkämpfe geschichtlich betrachtet, so findet man, daß sie nichts weiter taten, als den Bestrebungen des „aufgeklärten Abolumentismus“ Rechnung zu tragen und den Kindern des „Volkes“ ein bis gen Besitz und Schreiben beizubringen, aber eben nur „ein bis gen“. Sozial, als der emstehende Kapitalismus von seinen Arbeitskräften benötigte. Daß man dabei in Anbaur auf den Widerstand der Massen stieß, ist selbstverständlich und wenn zum Beispiel Kaiser Josef II. dann gegen die übernatürlichen katholischen Vorrechte in Österreich Stellung nahm, so tat er es auch nur deshalb, weil er und seine Umgebung einsehen, daß die Umwälzung des Kapitalismus in Österreich nicht aufzuhalten ist und weil sie in diesem Kapitalismus eine starke Macht erblickten. Die Mahnung an den Referenten, daß man toten Löwen sind die Habburger (wollt sie gewesen!) keine Fußstapfen verleiht, reißt in einem Blatte zum Lachen, welches ständig den Anderdankenden, besonders den großen Führern der Arbeiterbewegung, Zuhörern ausstellt. Wenn aber in einem Blatte unseres deutschen Bürgertums ein derartiger monarchistischer Grauß Aufnahme finden kann, so ist das nur ein Beweis dafür, daß ein großer Teil dieses Bürgertums für den Befreiungskampf im Jahre 1918 nicht reif war.

Verbilligung der Eisenbahnpreise — für die erste und zweite Klasse! Der heutige „Völkerruf“ will aus verlässlicher Quelle erfahren haben, daß das Eisenbahnministerium vom 1. April anfangen, die Preise der zweiten und ersten Wagenklasse derart herabzusetzen will, daß die zweite Klasse das Eineinhalbfache (bisher das Zweifache) und die erste Klasse das Zweieinhalbfache (bisher das Dreifache) des Preises der dritten Klasse kosten soll. Man erwartet davon eine baruchliche Steigerung des Verkehrs in den höheren Wagenklassen. Dagegen will das Ministerium die Preise der Regierungskarten für die Eisenbahndienste um volle 100 Prozent erhöhen! Gegen diese Absicht des Eisenbahnministeriums protestierten gestern die nationalsozialistischen

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Samstag.

- Breg. 149, 11: Schallplattenmusik, 11.40: Reichsanal. 12.00: Schallplattenmusik, 1. Albert; Radio, Mr. Lammert. 2. Schif. Lara, 3. Schallplattenmusik, 4. Rummel. 5. Schif. Lara, 6. Schallplattenmusik, 7. Schif. Lara, 8. Schif. Lara, 9. Schif. Lara, 10. Schif. Lara, 11. Schif. Lara, 12. Schif. Lara, 13. Schif. Lara, 14. Schif. Lara, 15. Schif. Lara, 16. Schif. Lara, 17. Schif. Lara, 18. Schif. Lara, 19. Schif. Lara, 20. Schif. Lara, 21. Schif. Lara, 22. Schif. Lara, 23. Schif. Lara, 24. Schif. Lara, 25. Schif. Lara, 26. Schif. Lara, 27. Schif. Lara, 28. Schif. Lara, 29. Schif. Lara, 30. Schif. Lara, 31. Schif. Lara, 32. Schif. Lara, 33. Schif. Lara, 34. Schif. Lara, 35. Schif. Lara, 36. Schif. Lara, 37. Schif. Lara, 38. Schif. Lara, 39. Schif. Lara, 40. Schif. Lara, 41. Schif. Lara, 42. Schif. Lara, 43. Schif. Lara, 44. Schif. Lara, 45. Schif. Lara, 46. Schif. Lara, 47. Schif. Lara, 48. Schif. Lara, 49. Schif. Lara, 50. Schif. Lara, 51. Schif. Lara, 52. Schif. Lara, 53. Schif. Lara, 54. Schif. Lara, 55. Schif. Lara, 56. Schif. Lara, 57. Schif. Lara, 58. Schif. Lara, 59. Schif. Lara, 60. Schif. Lara, 61. Schif. Lara, 62. Schif. Lara, 63. Schif. Lara, 64. Schif. Lara, 65. Schif. Lara, 66. Schif. Lara, 67. Schif. Lara, 68. Schif. Lara, 69. Schif. Lara, 70. Schif. Lara, 71. Schif. Lara, 72. Schif. Lara, 73. Schif. Lara, 74. Schif. Lara, 75. Schif. Lara, 76. Schif. Lara, 77. Schif. Lara, 78. Schif. Lara, 79. Schif. Lara, 80. Schif. Lara, 81. Schif. Lara, 82. Schif. Lara, 83. Schif. Lara, 84. Schif. Lara, 85. Schif. Lara, 86. Schif. Lara, 87. Schif. Lara, 88. Schif. Lara, 89. Schif. Lara, 90. Schif. Lara, 91. Schif. Lara, 92. Schif. Lara, 93. Schif. Lara, 94. Schif. Lara, 95. Schif. Lara, 96. Schif. Lara, 97. Schif. Lara, 98. Schif. Lara, 99. Schif. Lara, 100. Schif. Lara.

Deutschland.

- Schweidenerheute, 13.00, 13.30; Sprengel, 14; Dreyer, 15; Dreyer, 16; Dreyer, 17; Dreyer, 18; Dreyer, 19; Dreyer, 20; Dreyer, 21; Dreyer, 22; Dreyer, 23; Dreyer, 24; Dreyer, 25; Dreyer, 26; Dreyer, 27; Dreyer, 28; Dreyer, 29; Dreyer, 30; Dreyer, 31; Dreyer, 32; Dreyer, 33; Dreyer, 34; Dreyer, 35; Dreyer, 36; Dreyer, 37; Dreyer, 38; Dreyer, 39; Dreyer, 40; Dreyer, 41; Dreyer, 42; Dreyer, 43; Dreyer, 44; Dreyer, 45; Dreyer, 46; Dreyer, 47; Dreyer, 48; Dreyer, 49; Dreyer, 50; Dreyer, 51; Dreyer, 52; Dreyer, 53; Dreyer, 54; Dreyer, 55; Dreyer, 56; Dreyer, 57; Dreyer, 58; Dreyer, 59; Dreyer, 60; Dreyer, 61; Dreyer, 62; Dreyer, 63; Dreyer, 64; Dreyer, 65; Dreyer, 66; Dreyer, 67; Dreyer, 68; Dreyer, 69; Dreyer, 70; Dreyer, 71; Dreyer, 72; Dreyer, 73; Dreyer, 74; Dreyer, 75; Dreyer, 76; Dreyer, 77; Dreyer, 78; Dreyer, 79; Dreyer, 80; Dreyer, 81; Dreyer, 82; Dreyer, 83; Dreyer, 84; Dreyer, 85; Dreyer, 86; Dreyer, 87; Dreyer, 88; Dreyer, 89; Dreyer, 90; Dreyer, 91; Dreyer, 92; Dreyer, 93; Dreyer, 94; Dreyer, 95; Dreyer, 96; Dreyer, 97; Dreyer, 98; Dreyer, 99; Dreyer, 100.

Eisenbahner in einer großen Verwirrung im Weindorfer Märktl dän. — Den Jüngerkräftigen verbilligt man das Reisen, aber die Proleten sollen weiter soviel blechen wie früher. Das ist so recht kennzeichnend für die Politik der Bürgerregierung.

Der Ausrüffel. Die großen bürgerlichen Blätter bringen ihren Lesern einen Ausrüffel, in dem die industriellen Werke mit ihren jeweiligen Vorwerten verzeichnet sind. Und diesen Vorwerten nimmt der vermögende Bürger dann zur Hand, um an ihm das Steigen und Fallen seiner „Papier“ zu verfolgen, um den richtigen Augenblick für das „Abstoßen“ der Papier zu fassen und so eine gewinnhafte Veräußerung seiner Vermögens zu haben. Wie er da sitzt und liest und bei schnöder Börse das Blut wogert, und wie er beim Steigen der Kurse vor Freude fast zittert, und wie er dann voll Ungeduld auf die nächste Börse wartet: so ist das da oben, was da unten schaffen und schaffen und nochmals schaffen und sorgen ist. All das fröhe Verlassen des Hauses, all die langen Wege zur Arbeit, all das schwere Schaffen durch lange Stunden, all die Unfälle und Kränklichkeiten, Tag für Tag im ganzen Leben der Arbeit, und all das soziale Elend dabeim, trotz der Arbeit, das alles, was ist es schließlich? Ein Jäh! Nichts als eine Jäh!, die da im Ausrüffel steht, vom einen begrüßt und vom anderen fluchend aufgenommen. Und da glauben so viele naive Genossen noch, daß Arbeit ein Dienst am Volke sei, daß ihre Arbeit die Erfüllung einer ethischen Aufgabe bedeute. Ja, so soll es sein und so wird es einmal sein, weil die Massen, die die ganze nationale Wirtschaftsordnung erkann haben für eine gerechte Gesellschaftsordnung kämpfen. Der Dienst am Volke ist heute nur indirekt: und darum darf auch nur halb. Die letzte Triebkraft im Wirtschaftsleben ist hier. Kennen ihre den Ausrüffel? Zehn ihn euch doch einmal an! An den Banken, an denen auch jeder Weg vorbeiführt, da findet ihr ihn oft ausgehängt. Und wenn ihr dann die Zahlen darauf seht, dann denkt: Das sind wir, wir Schaffenden, wir in Sorge Schaffenden — Ware Mensch.

Eine altösterreichische Erinnerung bildet folgendes Dokument, von dem aber durchaus nicht gelogt werden soll, daß es in Neu-Oesterreich kein Gegenstück finden könnte:

Statthalterei in Böhmen.

3. 146.597. Prag, am 15. April 1914.

An den Herrn Bezirkshauptmann in Landkrton.

Das Ministerium des Innern hat mit dem Erlasse vom 11. März 1914, S. 25.639, dem Refusse der Firma Müller & Sohn in Landkrton gegen die Entscheidung der Statthalterei in Prag vom 8. Oktober 1913, S. 887.544, mit welcher der Refus der genannten Firma gegen den Bescheid der Bezirkshauptmannschaft in Landkrton vom 21. Jänner 1913, S. 78.504 ex 1912, durch den die Firma verpflichtet wurde, der Bezirkskrankenkassa in Landkrton den Betrag des für den am 15. Mai 1912 bei der Firma in Arbeit getretenen, am 19. Mai 1912 erkrankten, jedoch erst am 21. Mai 1912 bei der Bezirkskrankenkassa angemeldeten Arbeiter Franz Müller gewährten Anwarts im Betrage von 80 K 70 h binnen 14 Tagen bei sonstiger Exekution zu leisten, abgewiesen wurde, aus den Gründen der angeführten Entscheidung keine Folge gegeben.

Diesem sind die genannte Firma und die Bezirkskrankenkassa gegen beim Amte aufbewahrende Empfangsbefreiungen zu befähigen.

Für den Statthalter: (Unterschrift)

Wenn das der Herr Bezirkshauptmann in Landkrton verstanden hat, ist ihm noch heute zu seiner Kindigkeit zu gratulieren.

Die „Heimatscholle“ mit dem Sitz in Kuffig teilt uns mit, daß sie mit dem Verlust, resp. der Verpachtung des Geschäftslokales durch Frau Richter an die Gesellschaft „Moravia“ in Kuffig, Biologasse, nichts zu tun hatte. Wir geben dieser Mitteilung Raum und bemerken, daß dieses Gerücht den Tatsachen nicht entspricht.

Schiffszusammenstoß vor Rotterdam. Aus Rotterdam wird gemeldet: Mittwoch abends ist das von Buenos Aires kommende deutsche Schiff „Rio de Janeiro“, ein der Hamburg-Südamerika-Schiffahrts-Gesellschaft gehörender Frachtdampfer, auf dem neuen Wasserwege mit einem ausfahrenden italienischen Dampfer zusammengestoßen. Beide Schiffe wurden stark beschädigt. Der deutsche Dampfer konnte seine Fahrt fortsetzen, das italienische Schiff ist bei Boordungen gestrandet. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Explosion in einer Munitionsfabrik. Im Rittergebäude der schweizerischen Sprengstofffabrik Dosikon ereignete sich aus bisher noch nicht aufklärter Ursache eine Explosion. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei weitere erlitten Brandwunden. Der Gebäude- und Sachschaden ist bedeutend.

Ein schweres Feuergefecht zwischen Polizei und Eindringern gab es Donnerstag früh. Die Eindringler hatten versucht, in die Geschäftsräume der Anatolischen Handelsgesellschaft einzudringen. Ein Hausbewohner, der gegen 3 1/2 Uhr morgens verdächtigtes Geräusch vernahm, alarmierte die Polizei und Heberfallkommando. Es kam zu einem Feuergefecht, bei dem im ganzen 17 Schüsse gewechselt wurden. Ein Eindringler wurde durch einen Brustschuß getötet, ein zweiter lebensgefährlich verletzt, die übrigen sind entkommen.

Sechs Tage lebendig begraben. Die tönnernen Blätter melden zu dem Savinenunglück auf Korsika, daß durch die angefallenen Grabungen die Leichen von zwölf Personen zutage gefördert wurden. Ein Waldhüter, der von zwei Felsen geschützt war, konnte nach sechs Tagen noch lebend geborgen werden.

Tragisches Ende eines Piloten. Ein Neicwist der Fliegerabteilung in Thionville emserte

sich mit seinem Apparate aus dem bewilligten Rayon nach der Gemeinde, in welcher seine Eltern wohnten. Derselbst führte er in geringer Höhe über dem Dorfe halsbrecherische Kunststücke aus. Plötzlich stürzte der Apparat ab und der unglückliche Flieger wurde vor den Augen seiner Mutter aus den Trümmern des brennenden Flugzeuges toter vorgezogen.

Erdbeben in Ostasien. Die Seismographische Station in Tokio verzeichnete Dienstag vormittags ein heftiges Erdbeben, dessen Zentrum beläufig in der Nähe von Kamisawa liegt. Das Erdbeben dauerte vier einhalb Stunden. Es scheint, daß es ebenso heftig war wie das große Erdbeben, von welchem Japan im Jahre 1923 betroffen wurde. In Tokio wurde das Erdbeben nicht, in Nordjapan schwer verspürt. Es werden bisher keine Opfer an Menschenleben und auch keine materiellen Schäden gemeldet.

Bombenexplosion im Warschauer Kriegsgericht. Dienstag, mittags haben unbekanntes Later im Vorzimmer des Kriegsgerichtes des 11. Gerichtsbezirks in Warschau einen Sprengkörper zur Explosion gebracht. Im Treppenhause, sowie in den ersten zwei Jammern wurde schwerer Sachschaden angerichtet. Daß niemand verletzt wurde, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß für diesen Tag keine Verhandlungen angesetzt waren.

Die Massenmord-Epidemie. In Altenkirchen (Bavern) durchschneidet der Gemeinde-sekretär Schöneberger seinem drei Monate alten Kinde die Pulsader und tötete dann seine Frau und sich selbst durch Revolvergeschüsse in die Schläfe. Das Ehepaar war sofort tot, das Kind wurde schwer verletzt. Schöneberger hat die Bluttat im Einverständnis mit seiner Frau vollbracht. Das Motiv der Tat ist Furcht vor Strafe wegen Veruntreuung, die sich Schöneberger zuschulden kommen ließ.

Auto und Eisenbahn. Dienstag abends krenzte das Personenautomobil des Königsgrüner Fabrikanten Bruckel bei der Gemeinde Floritz die Eisenbahnlinie Königsgrün-Horitz. Der Wag war infolge blähen Rebels unfähig. Da an dieser Stelle keine Eisenbahnschranken angebracht sind, befand sich der Wagen gerade in dem Augenblicke auf dem Geleise, als ein Personenzug aus der Richtung Königsgrün nahte. Das Automobil wurde von der Lokomotive erfasst, etwa 50 Meter weit geschleift und vollkommen zertrümmert. Von den im Automobil sitzenden Personen wurde nur der Chauffeur im Gesichte verletzt.

Eisenbahn und Fuhrwerk. Mittwoch nachmittags ereignete sich auf der österreichischen Nordbahnstrecke in der Nähe von Leopoldsdau ein schmerzlicher Unfall dadurch, daß ein Kutscher durch einen halbgeschlossenen Schranken durchfahren wollte. Dabei fuhr er mit einer herannahenden Lokomotive zusammen. Die beiden Insassen wurden getötet, der Kutscher schwer verletzt.

Literatur.

„Die neue Generation.“ Herausgeberin Dr. phil. Helene Strödel, Berlin-Nikolaier, Münchenerstr. 1. Monatschrift für Kulturkritik, Sexualreform und Pazifismus. Jede Zeitschrift, welche von Helene Strödel, einer Schriftstellerin, herausgegeben wird, die es nötig wagt, als Frau über Dinge und lehrhafte Dinge frei und offen zu sprechen, um einer ehelichen Auffassung des Lebens den Boden vorzubereiten, hat eine Reihe bedeutender Mitarbeiter. Aus dem Inhalt erwähnen wir u. a. Hobann, Das erotische Problem der Jugendbeziehung; Michels, Vom Wesen der Koketterie; Baneken, Jugendliche Erotik; Kollontaj, Die Geschlechtsbeziehungen und der Klassenkampf; Ellis Havelod, Die erotische Liebe der Frau; Dr. Paul Kammerer, Verjüngung u. a. m. J. K.

Helfet den Arbeitslosen!

In keinem Staate Mittel- und Westeuropas wird der Frage der Arbeitslosenunterstützung eine so geringe Aufmerksamkeit geschenkt wie in der Tschechoslowakei. In Deutschland, Oesterreich, Polen und sogar im sozialistischen Italien beschäftigen sich die Regierungen mit der Frage der Arbeitslosigkeit, reformieren das bisherige System, erhöhen die Unterstützungen. In der Tschechoslowakei wird zwar stets erklärt, daß man der Frage der Arbeitslosigkeit Aufmerksamkeit schenke, welcher Art diese Aufmerksamkeit ist, ersieht man aber daraus, daß auf die vorgelegten Forderungen der Gewerkschaften betreffend die Regelung der Arbeitslosenunterstützung nicht einmal eine Antwort eingegangen ist. Dies geschah, obwohl die Arbeitslosigkeit im Steigen begriffen ist und insbesondere die Ausgehenden buchstäblich von nichts zu leben haben und Hunger leiden müssen. In derselben Zeit, da man in der Tschechoslowakei die Arbeitslosen verkommen läßt, hat Deutschland nunmehr die Arbeitslosenunterstützung geregelt und gewährt dem Arbeitslosen durch 39 Wochen eine Unterstützung in der Höhe der Hälfte des Arbeitslohnes und nach 39 Wochen wird eine Unterstützung in unbegrenzter Zeitdauer aus einem errichteten sozialen Fonds ausbezahlt. In diesen Fonds zahlt der Staat drei Viertel, die Gemeinde ein Viertel ein. In Oesterreich zählt man den tschechoslowakischen Staat angehörig eine Arbeitslosenunterstützung aus, die zweimal so hoch ist als die der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei erhält.

Gegen diese Verhältnisse, wie sie hier eingegriffen sind, muß die Arbeiterschaft einen entschiedenen Kampf aufnehmen. Verlangt muß werden die Verlängerung der Zeitdauer, innerhalb der die Arbeitslosen die Unterstützung bekommen, die Erhöhung der Unterstützungssätze selbst, die Beschleunigung der von den Gewerkschaften ausgehenden Beträge und die Erhöhung des den Gewerkschaften geleisteten Verwaltungsbeitrages. Schließlich die Errichtung eines staatlichen Fonds, aus dem Arbeitslose unterstützt werden, die bereits ausgezehrt sind.

Die reaktionäre Regierung in der Tschechoslowakei wirkt sich auch darin aus, daß sie mit einer ungläublichen Rücksichtslosigkeit den Arbeitslosen einfach hungern läßt. Während sich das Bürgertum die Hilfe bewilligt hat, die Steuern herabsetzt und alles getan wird, um die Profite der Reichen zu mehren, läßt man die Kersten der Armen, die Arbeitslosen, verhungern. An der Art, wie man in der Tschechoslowakei die Arbeitslosenunterstützung behandelt, erkennt man die ganze Brutalität des herrschenden Regierungssystems und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt.

Hundert Jahre Aluminium.

Wohl ist es noch nicht solange her, seit Aluminiumgegenstände in den Handel gebracht wurden und doch sind es schon hundert Jahre her, daß dieses Metall bekannt ist. Chemiker waren es, die in unermüdlicher Arbeit dieses Metall von Lehm und Ton scheiden lehrten, doch mußte für die industrielle Verwertung dieser wichtigen Erfindung erst die Technik die brauchbaren Grundlagen erbringen. Und so zog sich die praktische Verwertung des Aluminiums durch diese Jahrzehnte hinaus. Als ersten gelang es dem Chemiker Desfries, im Jahre 1825 ein unreinliches Aluminium herzustellen. Sein Verfahren übernahm dann der Chemiker Fr. Wohler und es gelang ihm durch die Umfegung von Aluminiumchlorid mit Natrium reines Aluminium in Pulverform zu gewinnen. Der Name dieses Metalls ergab sich daraus, daß man den Urstoff des Aluminiums in einem Cygd der Alaunsalze fand.

Volkswirtschaft.

Manne heißt auf lateinisch Numen und daraus ergab sich die Benennung.

Erst 1845 gelang es den Technikern Aluminium in kompakter Form herzustellen. Das glänzende Metall aus Lehm erregte allgemeine Aufmerksamkeit und Napoleon der Dritte gab dem Chemiker Sainte-Claire-Deville den Auftrag, eine brauchbare Herstellungsart dieses Metalls zu suchen und es unterstützte ihn auch zu diesem Zwecke sehr reichlich mit Geldmitteln. Diesem Chemiker gelang auch die gestellte Aufgabe, indem er an Stelle des schwer zugänglichen Kaliums, Natrium verwendete. Durch diese Verbesserung fiel der Preis des Aluminiums in einem Jahre von 2400 Mark pro Kilogramm auf 300 Mark. Durch weitere Verbesserungen gelang es den Preis auf 160 Mark herabzusetzen, doch war der Preis noch immer so hoch, daß er eine weitgehende Benützung dieses neuen Metalles ausschloß.

Die Entwicklung der technischen Verwendung der Elektrizität schuf auch hier eine gewaltige Revolution und schon Ende der Achtzigerjahre gelang es Heroult, Alnet und Ribani die noch heute angewandte Technik der Elektrolyse eines Aluminiumoxyd-Natriumchlorids auszuarbeiten, und durch diese Methode wurde dann der Preis pro Kilogramm auf Mark 2,50 herabgedrückt.

Ueber die Verwendungsbereiche des Aluminiums braucht man in diesem Zusammenhang wohl nichts anzuführen, da ja zur Genüge bekannt ist, daß sich dieses Metall immer neue Gebiete und Verwendungsmöglichkeiten erobert. Insbesondere es in Zukunft in der Elektrotechnik das Kupfer verdrängen wird, steht noch nicht fest, denn die Erforschung der verschiedensten Legierungen steht noch in ihren Anfängen. Angeführt sei nur, daß man heute bereits magnetische Aluminiumlegierungen kennt, die gewissermaßen der Verwendbarkeit breite Wege öffnen. Neben den vielversprechenden Eigenschaften ist es besonders eine Tatsache, die seine Vorherrschaft begründen kann, daß die gesamte Erdkruste aus 7 1/2 Prozent Aluminium besteht, während alle anderen verarbeitbaren Metalle, darunter auch das Eisen, ihrer Erschöpfung entgegengehen. Von Kennern ist die These aufgestellt worden, daß mit der Entdeckung des Aluminiums das Zeitalter des Eisens seinem Ende entgegengeht. In der Tat, man kennt heute ziemlich genau schon alle vorhandenen Eisenerzlager der Erde und schon wiederholt ist von Fachmännern errechnet worden, daß in absehbarer Zeit diese Lager erschöpft sein werden. Demgegenüber liegt sich bisher der Vorrat an Feldspat und Ton auch nicht nur annähernd ermitteln, so daß also der Erzeugung des Aluminiums heute wirklich noch keine Grenze gezogen ist.

Hundert Jahre ist das Aluminium bekannt und wahrscheinlich wird erst das nächste Hundert Jahre dem Aluminium den ersten Platz in der Volkswirtschaft sichern.

Ein Schiedsgericht für Staatsbeamte und bedienstete in Dänemark. In Dänemark wurde kürzlich ein Schiedsgericht eingesetzt, das alle Streitigkeiten zwischen dem Staat und seinen Beamten und Angestellten zu schlichten hat, soweit diese nicht vor die ordentlichen Gerichte zu verweisen sind. Die neue Schiedseinrichtung ist als eine Erweiterung des Systems zu betrachten, das in dem Staatsbeamten-Gesetz von 1919 vorgesehen ist. Nach einer Mitteilung in der Zeitschrift „Informations Sociales“, herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt, ist der neue Gerichtshof für alle Zweige der Staatsverwaltung zuständig, ebenso für alle Streitigkeiten zwischen Behörden einerseits und Beamten und Angestellten andererseits, vorausgesetzt, daß sie durch eine der in Frage kommenden Zentralorganisationen der Beamten und Angestellten dem Gerichtshof unterbreitet werden.

Das Fenster.

Die Frühlingssonne war darüber. Wieder sollten die Riemen um die blühenden Eisenreifen an der Decke und abwärts über die kreischenden Drehbandvorlege. Schmierige Hände saßten an blauen Ritzeln; hatte Stähle schnitten in Eisenwalzen und Gießstücke.

Frost manns Jahre stand Franz Bröhle an einer der vielen und mannigfaltigen Bänke. Wolken und Gewinde waren sein Fach. Die Stollen nannten ihn heimlich den „Stiller“. Obgleich er unbedingt zuverlässig und auch kein Arbeiter war, verhielt er sich doch bei allen Ereignissen und Reibungen in der Fabrik ziemlich passiv. Man sagte einfach: „Bröhle, wir haben beschlossen...“ und der Stille stimmte zu.

Am Fenster stand seine „Aare“. Da konnte er manchmal bei der Arbeit hinaussehen auf die Wiese und die Straße dahinter. Traummelodien ging er dort mit den Stuben zu Spiel und Tanz, auch in die garstige Schule und stotterte das kleine und große Einmaleins hin.

Die Maschine sauste. Ein andermal, bei einem miserablen Alford, zog seine ergrimmte Seele mit einem singenden Wunderrhythmus hindus — irgendwohin in blühendes, sorgloses, unfogbar sonnensicheres Land.

Heute aber lag Wehmut in seinem Blicke. Der dies Gedenken nur vor dem Fenster obostete — abschüchtern, denn geliebt hatte der Betriebsleiter angekündigt: „Das Fenster wird zugemau-

ert; wir brauchen den Platz draußen für einen Materialschuppen.“

Die Mauerer kamen. Die Fensterrahmen wurden herausgenommen. Eine Schelle versprang dabei — wie das Echo einer erborbenen Seele klang es. Stein um Stein schob sich in die Lücke, und langsam troch der helle Tag aus der Erde heraus. Der gelbe Lichtschein der elektrischen Lampe flatterte nun froh von der Decke herab auf die saulende Maschine. Aus Bröhles Stützposten quoll helber Angstschweiß. Wie ein Verirrter stand er da, übermüdet. Seine Hände zitterten; die Ritzeln der Maschine waren auf einmal fremde, unheimliche Gebilde geworden — Totensargen ähnlich. Sein Gehirn juckte seltsame Reize. „Ruhent!“ In diesem Entschluß drehte sich alle Energie zusammen, die sonst von Stunden auszufallen imstande war, mit präzipitierter Herrlichkeit von Wolken und Gewinde. Ein Aus — die Drehbank stand. Schon lehnte Ruhe auch zu ihm selbst zurück. Der schmerzhafte Mittel flog beiseite. Trauenen armet er tief auf. „In den Wald“, hämmerte das befreite Herz, „in den Wald! Allein in den Wald!“ Wie ein Schwamm füllte er sich, wenn innermetzt und ohne Wissen der Mutter plötzlich die Schule ausfällt. Nein, nichts seiner Frau lag; sich nur einmal ganz aufrichten wie ein Baum und die Hände, die verkrüppelten Werkzeuge, in die blaue Luft ausstrecken. Nicht mehr denken an Fabrikarbeit, an das Gerächterlein, das wilde Kreischspiel im Revorgang — — — nur armen können! Den allerhöchsten Wunsch ausshouteln lassen im Meer hinter Ruhe!

„Ein Fiel, wenn du wieder an den geschändeten Arbeitsplatz zurückkehrst. Mein Fenster will

ich meine Brücke in die schönste Welt.“ So schwor er bei sich, als er heimwärts zog und der Nachmittag seinen Feierabendbesuch über die Dächer schickte. „Aufgehört wird! Ein Mann wie ich findet schon das Recht!“

„Denk Dir.“ kam ihm daheim in der Küche seine Frau entgegen. „Die Autofabrik ist stillgelegt worden und in der Spinnereimaschinenfabrik gehts nur noch drei Tage in der Woche. Was soll das werden?“ Er putzte nur mit den Schultern. Einen Augenblick suchte sich die Stirn; dann sah wieder der Stog in seinem Rad.

In dieser Nacht wucherte und dränge ein von Sonnenlang durchglühter Körper so ungesund auf das Welt — nur durchdrast von Kampfwillen und der zum Himmel gestirten Sehnsucht. Das Fenster! Das Fenster! Nachher faltete Frau Bröhle seine Hände. Sie wachte diese wunderförmige Stunde feimt Seligkeit, wird aufschwingen als neues Leben.

Den Morgen ging der Mond. Da lag Franz mit weitgeöffneten, lächelnden Augen. Ein Film seiner Trauphantastie rollte auf der blauen Decke ab. Wald war wieder und reine Luft und mitten im allerhöchsten Glashause seine lachende Drehbank. Goldfäden spänien vom diamantenen Stahl in den weichen Moosbelag — im lauberen Arbeitsanzug stand ein Mann an der Maschine. Ein Mann? Er selbst! — Aber da trat seine Frau zu ihm mit gerundetem Leib. Ihr Kleid war abgetrogen und ihr Gesicht hager — „Brot, Franz, Brot!“

Ein anderes Bild sprang flimmernd an die Decke: endlose Reihe düstere Männer, laute Kollegen und Freunde. Born in der dunsigen Halle stempelte ein Rundbäcker, stempelte und stempelte.

Die Reihe der Wartenden aber wuchs weiter — „Arbeitslos, arbeitslos“ klang ein ediger Schreie.

Da röh der Film plötzlich. Neben ihm bewegte sich die Frau unruhig. Ob sie ebenfalls träumte? Und wieder kam der Gedanke zu ihm herangehinkt, ganz langsam, rudweise das Fenster. Der Schmir von gestern polierte wieder: „Nein ich gebe nicht!“ Aber der edige Schreie seines vorangegangenen Traumes teilte sich erbaumungslos mitten dazwischen: „Arbeitslos, arbeitslos — — —“

„Die Wacht rief — — — „Franz“, wachte Frau Bröhle auf. Ein seltsames „Ja“, von Sehnsucht und Rufen umfließet, antwortete.

Pünktlich um halb 8 Uhr stand Franz Bröhle wieder an seiner Drehbank. Heißlich hart sprangen seine Blicke gegen das sauber verputzte Mauerwerk in der Fensteröffnung.

Da — auf einmal sah er die Wiese, sah die Straße dahinter und den fernen Wald — wirklich. Die rechte Hand ließ die Maschinenkurbel entgleiten und streich über die brennenden Augen — wieder sah er das vermauerte, sauber verputzte Fenster und sah dennoch hindurch mit seiner freudig aufschauenden Seele. Schon blühte er um sich — niemand hatte es bemerkt in der herrschenden Hast — und griff sich in das Hebelwerk, daß die Späne und das blühende Runderlein mitzungen. Franz sah im vermaurerten Stecker des Alltags die ganze, feierlich schöne Welt in seinem Innern. Er sah auch sein Weib, Klamm schwer schreitend in blühender Esalung.

Die Zeit im „Soz. Pressendienst“.

# „Freut Euch des Lebens, Radion wäscht allein!“



Annie Klug

Fräulein Klug genießt ihr Leben. Sie plagt sich nicht mit Rumpeln und Reiben, und läßt Radion arbeiten. Radion allein? Ja!

## Waschet so:

„Löst Radion in kaltem Wasser auf, gebt die vorher eingeweichte Wäsche hinein, laßt 20 Minuten kochen, schweift aus!“

Wäsche rein und blendend weiß! Reiben und Rumpeln ist unnütze Plage, ruiniert Wäsche und Hände und — wird man vielleicht schöner davon?

Radion bleicht durch Sauerstoff! Garantiert frei von Chlor und anderen schädlichen Chemikalien.

## Schont die Wäsche!



## Kleine Chronik.

### Die fünfzigjährige Bogenlampe.

Wie jung unsere moderne Technik ist, erkennt man mit großer Schärfe an ihren Gedenktagen. Noch vor fünfzig Jahren war die Anwendung elektrischer Lichtquellen für die öffentliche Beleuchtung so gut wie unbekannt. Als der amerikanische Chemiker Willman im Jahre 1855 die erste Petroleumlampe erschaffen hatte, wurde das als ein ungeheurer Fortschritt gewertet. Die Gasbeleuchtung brachte in ihrer anfänglichen Form zahlreiche Unzulänglichkeiten mit sich. Erst die Einführung der Dynamomaschine durch Werner von Siemens (1863/67) ermöglichte den Übergang zur elektrischen Beleuchtung. Zunächst gab es auch da noch viele, heute kaum fassliche Schwierigkeiten zu überwinden. Es war in der Entwicklung begründet, daß man zunächst versuchte, den elektrischen Lichtbogen, den der große englische Physiker Humphrey Davy 1813 entdeckt hatte, für diesen Zweck auszunutzen. Vor allem verursachte das ungleichmäßige Abkühlen der Kohlelektroden und das Abreißen des Lichtbogens großen Verdruß. Dazu kam, daß man anfangs nicht mehrere Lampen im gleichen Stromkreis brennen lassen konnte.

Der erste, der diese Schwierigkeiten praktisch überwand, war der in Paris lebende russische Ingenieur-Offizier Jablonski. Schon vor ihm hatten andere Männer versucht, durch ähnliche Vorrichtungen, wie sie die heutigen Bogenlampen aufweisen, die abkühlenden Elektroden in immer gleichem Abstand voneinander zu halten. Es gelang Jablonski, seinen Lampen eine Form zu geben, durch die er ohne solche Regulierungen auskommen konnte, und so ein überaus einfaches Leuchtgerät zu schaffen, das sich durch seine Ähnlichkeit an frühere Leuchtungsarten auszeichnete und gerade dadurch neben seinen übrigen Vorzügen der Bogenlampe zur allgemeinen Einführung verholfen. Die beiden Elektroden hatte er nicht, wie es heute üblich ist, übereinander, sondern parallel nebeneinander angeordnet. Beide waren durch eine isolierende Rosinenschicht getrennt, die beim Abkühlen der Kohlen langsam heruntergeschmolzen und dabei Dämpfe entwickelte, die die Beleuchtung ganz besonders eindrucksvoll erscheinen ließen. Einer der Hauptfehler dieser Lampe war, daß man sie nach dem Erlöschen erst wieder entzünden konnte, wenn man eine neue Kohlenleiste eingewechselt hatte, und daß sie im Gleichstromkreis nur sehr unregelmäßig brennen konnte. Deshalb ließ man Wechselstromvorkehrungen, in denen eine Anzahl solcher Lampen nebeneinander angeordnet war. Erstmals die erste, so schaltete ein Wärter den Strom zur zweiten hin und so fort. Trotz dieser Nachteile wurde diese Lampe im Jahre 1877 zur Beleuchtung mehrerer Straßen verwendet, und auch der Pariser „Magasin du Commerce“, ein großes Warenhaus, und das Hotel Continental wurden durch sie beleuchtet. Im September des gleichen Jahres wurde die Jablonski-Lampe zum erstenmal auch in Berlin bei einer Illumination verwendet.

Die Nachteile der Jablonski-Lampe wurden bei späteren Konstruktionen, die wieder andere Wege gingen, überwunden. Die moderneren Bogenlampen erfordern nur eine geringe Wartung. Sie arbeiten selbsttätig und mit großer Sicherheit und überfluten Straßen und Plätze mit Tacobellen. Der Weg vom Edison zum kunstvollen Bogenlichter erlebte fast wie ein Zauberspiel der Wandel, die seit Jahrtausenden aus dem Dunkel zum Licht aufwärts strebt.

### De tereš.

Ein exaltierter Chemiker sagt zu seinem Jugendfreund: „Wenn ich meine Frau sehe, bin ich immer aufs neue bezaubert.“ „Lieber Fritz“, antwortet der Freund, „du hast nie viel Vertrauen.“

## Prager Filmhörse.

Der Lloyd-Film bringt zwei Durchschnittpilder zur Vorführung. Der deutsche Akko-Film „Herbstmanöver“ (nicht nach der gleichnamigen Operette) erinnert inhaltlich stark an das Bühnenstück und den Film „Kosentimon“. Während der Manöver lernt ein Leutnant Kurt Vespermann ein Mädchen (Comilla Dollan) kennen und lieben, aber durch Intrigen werden die jungen Leute getrennt und das Mädchen heiratet schließlich einen anderen Mann. Dann gibt's ein Wiedersehen und ein Duell, der Leutnant wird tödlich verwundet und an seiner Seite erschießt sich die junge Frau. Ein Militärfilm, halb lustig, halb traurig, innerlich unwahr und farblos. Die schauspielerischen Leistungen gehen an, können aber dem Film keinen größeren Wert verleihen. — Der zweite Film ist ein Pariser „Albatros“-Epos mit dem Titel „Jim sa Souleite“ (Der König der Diebe), eine Geschichte dazu geschaffen, um den russischen Komiker Nikolaj Rimsky in den Mittelpunkt der Handlung stellen zu können. Er spielt einen ungeschickten Sekretär eines bedeutenden Schriftstellers, dessen romantisch veronlogie Gattin er leidenschaftlich liebt. Um ihre Zuneigung zu erringen, gibt er sich für den gefährlichsten Krieger aus, wird verhaftet und zum Tode verurteilt. Zum Schluss stellt es sich heraus, daß sein Verweigerer selbst der Dieb ist; der Sekretär wird durch List aus dem Gefängnis befreit, der Schriftsteller wegen Betruges verhaftet, der Dieb-Advokat geht durch. Eine unlogische, bunte Geschichte ohne rechten Zusammenhang und Sinn, halbwegs verdaulich nur des Souffleiers wegen, der ein guter Komiker ist. Mit Ausnahme einiger guter Szenen, die Lyfroh stimmen, ist das Stück schal und farblos.

Der deutsche Regisseur Alexander Corda hat mit seinen letzten Filmen bewiesen, daß er einen der ersten Plätze unzer Deutschlands Filmregisseure beansprucht. „Der Tänzer meiner Frau“ ist ein technisch sehr sauber durchgeführter Film und mit „Madame wünscht keine Kinder“ hat sich Corda das Reizepos für Amerika angestellt, wobei er sich kleiner Gattin Maria Corda auch unerschrocken angeschlossen wurde. Die Ufa bringt nun seinen letzten Europa-Film „Eine moderne Dubarry“, der wieder eine technische Glanzleistung der Regieführung darstellt. Der Film hat allerdings einen Fehler, über den man hinwegsehen kann: eine abgedraute, typisch amerikanische Fabel, die man schon in vielen Varianten über die Leinwand kommen sah. Ein junges armes Mädchen (Maria Corda) räumt von Reichtum, schönen Kleidern und ähnlichen herrlichen Dingen. Zur Erlangung dieser Sachen führt ein heimlich eintretender Weg, und der Film führt dabei mit vollem Recht den Untertitel „Die Schändliche einer großen Kuriose“. Ihr erster Mann ist ein Reiter in der Armee ihrer Tante, wo sie wohnt. Als er plötzlich wegfährt, will sich Toine, die sympathische Heldin dieser unsympathischen Handlung, in ihren Schmerz ertränken und schießt von einer Brücke in die vorüberfließenden Fluten der Seine (die Geschichte beginnt in Paris). Da kommt auf einmal — man hat ja einen Film vor sich! — der Reiter in der Gestalt eines Liebes, alten Herrn, der die Vorgeschiedene in Ehren mit sich nach Hause nimmt und sie dann als Nonnequin in einem der großen Pariser Modeshäuser unterbringt. Und so geht die Geschichte weiter. Mit Toine geht es schließlich auswärts, sie verliebt sich in einen jungen Reichen (Jean Bradin), der zufällig der König von Kurland ist, und wird schließlich die Geliebte eines Milliardärs (Millionen gehören nicht mehr), bei welchem der König durch Schicksalsfügung eine Anleihe für seinen durch Militarismus heruntergekommenen Staat aufnehmen will. Das Gedebekommt er zwar nicht, dafür nimmt er sich aber die Geliebte mit und der Milliardär injiziert als Kade in Kurland eine Revolution, die für die beiden jungen Leute beinahe lächerlich ausfallen würde, aber dennoch nur ein gutes Ende hat. In der gewiß

sehr weisen und richtigen Voraussetzung, daß sich das Publikum nicht so um Geist wie um eine blendende Ausstattung kümmert, ließ man sich keine Gelegenheit entgehen und stopfte in den Film herein, was nur hinein ging: prachtvolle Räume, herrliche Toiletten, Modeschauen, Revolutionen, Taxis und Panzerautos, um für einen König, einen Milliardär und eine schöne, verwöhnte Frau die richtige Umgebung zu schaffen. Inhaltlich ist das Stück ein Ritz, aber technisch ein Meisterwerk: die geliebte Spielleitung Alexander Corda stellte da ein Bildwerk zusammen, das zwar Publikumslust ist, aber den Fachmann fast restlos begeistert. Der zweite Vortrag des Filmes ist seine Photographie, die hellenweise wunderbar klar ist und einige entscheidende Landschaftsbilder bringt. Und der dritte die bildschöne Erscheinung der Maria Corda. Man glaubt ihr die Rolle, man läßt sich von ihrem Verstand hinreißen und versteht die Sehnsucht nach dem ungeliebten Geliebten; sie ist nicht wie ein Schulmädchen, raffiniert wie eine alte Kokotte, eine berechnende Schlinge und doch wieder eine treue, hingebende Geliebte. Ihr Partner ist ein wenig steif und bringt sich nicht zur Geltung. Die übrige Besetzung ist guter Durchschnitt. Der Gesamteindruck: hätte Corda eine innerlich reiche Fabel verfilmt, hätte er gewiß ein bahnbrechendes Werk geschaffen, doch diesem Film kann man trotz seiner guten technischen Ausführung nicht den Vorwurf des Ritzigen erproben. Argus.

## Kunst und Wissen.

Wilhelm Kienzl, der im Jänner d. J. hiesig Jahre alt gewordenen österreichische Tonbildner, war am Mittwoch Gast im Neuen Deutschen Theater, um seinen „Evangeliemann“ selbst zu dirigieren, jene Oper, die zur Feier des hiesigen Geburtsjahres des Meisters an unserem Theater zur Reinszenierung gelangt war. Diese verspätete Kienzl-Feier hätte mehr Teilnahme verdient. Denn der deutschen Komposition vom Range und der künstlerischen Ehrlichkeit Kienzls, so noch unter uns wandeln, sind nur mehr wenige. Kienzl, der Siebzighjährige, hat aber an diesem seinem Prager Ehrenabend auch bewiesen, daß er als Musiker und Dirigent jung geblieben ist: daß er noch immer in der leidenschaftlich drängenden Art seiner Interpretation zu begeistern und mit fortwährendem Verstand. Wie durchaus symphonisch übrigens Kienzl das Orchester in dieser „Evangeliemann“-Aufführung behandelte, war von vorbildlicher Art und erschoß den vollständigen Werke Einzelheiten und Schönheiten, die eben nur die authentische Wiedergabe durch den Tonbildner selbst zu bieten vermag. Auch die feinsten, leichtesten Chorensembles der Oper, vor allem die musikalisch reich betonte Regenszene des ersten Aktes, hielt Kienzl mit bewundernswürdiger Festigkeit und rhythmischer Straffheit in der Hand. Mit Recht wurde der Takt-Komponist und Dirigent Kienzl stürmisch gefeiert, wiederholt vor den Vorhang gerufen und mit großen und kleinen, grünen und silbernen Vorberträgen bedacht. Das Orchester ehrte den großen Meister, als er zu Beginn der Vorstellung an das lobbergehmte Dirigentenpult trat, durch einen Takt.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters, heute, Freitag (98-2), 7½ Uhr: „Ariadne auf Naxos“. Samstag, 7 Uhr: Der wunderbare Mandarin. „Der Schleiter der Pierette“. Sonntag, 2½ Uhr, Arbeiter-Vorstellung: „Die Nidermann“. 7 Uhr: Der wunderbare Mandarin. „Der Schleiter der Pierette“. Montag (98-4), 7½ Uhr: „Das Schwalbenfest“.

Herausgeber Dr. Ludwig Eged  
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß  
Druck: Deutsche Zeitungs-AG, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: D. Doll.

Spielplan der Kleinen Bühne, heute, Freitag: „Carnaval“, „Das Postamt“. Samstag: „Tartuffe“, „Verbrochener Krug“. Sonntag, 8 Uhr: „Flucht“, 7 Uhr: „Spiel im Schloß“.

## Rezeptionsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag, Sonntag, den 20. Februar: Wanderung: Gangtagausflug! Kuratiner Mühle-Jbraslaw — Jilobinsk — Senory. Treffpunkt 9 Uhr 30 Endstation der 18er in Bankrat. — Führung Krummel. — Rückkehr: Freitag, halb 7 Uhr, Café Nizza. — Nächster Vereinsabend: Mittwoch, den 23. Februar.

## Turnen und Sport.

Deutscher Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.  
heute, Freitag, 8 Uhr abends im kleinen Heinehof  
Vollversammlung der Mitglieder.  
Tagesordnung:  
Spielplatzfrage, Sommerprogramm Tennisabteilung, Mitglieder, seid pünktlich und vollständig am Platz!  
Die Vereinsleitung.

## KINO-PROGRAMM

Vom 16. Februar bis 24. Februar 1927.

Wran Urania-Kino  
Cinéma Deutsche Kino Prag  
Tel. 6.110  
„Tänzer meiner Frau“  
mit Willi Fritsch und Marie Corda.

LIDO 110  
„Ach, wär ich doch ein Polizist!“  
In den Hauptrollen PAT und PAULA KON

## Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft  
LIDOVÝ DŮM  
der Genossenschaft „Gangmed“  
Tischkonzert PRAG II., Huberská Nr. 7

Café „Nizza“  
Kgl. Weinberge, Fochova 27.  
Unser Stammlokal!

## DRUCK- U. VERLAGSANSTALT

GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

empfehlen sich den p. t. Bedrucken, Verbenen, Organisations, Gemeindefest und Kaufmann zur Herstellung von Druckarten wie: Tabellen, Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Zirkulare, Mitteilungsblätter, Einladungen, Plakate, Flugblätter, Faltblätter, Broschüren usw. in solider und rascher Ausführung, Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHONAU  
TISCHLERGASSE NR. 6.